Monatsspiegel

September 2019

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Gemeinsam voran zur Stadt für alle!

Seit 2014 haben wir in Erlangen vieles vorangebracht: Mit dem ErlangenPass haben wir für mehr Teilhabe gesorgt, unser Projekt für Langzeitarbeitslose läuft an, wir haben die Trendwende auf dem Wohnungsmarkt geschafft – endlich entstehen wieder bezahlbare Wohnungen –, der Frankenhof wird zum KuBiC, Energiewende und Umweltschutz kommen voran, beim Verkehr haben wir die StUB aufs Gleis gesetzt, den Busverkehr verbessert und unterstützen Rad- und Fußverkehr, der Siemens-Campus wurde zügig angegangen, für den Sport haben wir sieben neue Halleneinheiten auf den Weg gebracht und das Hallenbad West geschaffen, mit den Stadtteilbeiräten haben wir ebenso für mehr Bürger*innenbeteiligung gesorgt wie mit vielfältigen Beteiligungsformaten bei städtischen Vorhaben – und das ist nur eine kleine Auswahl unserer Bilanz. Gesamt würde sie nämlich diesen Leitartikel bei weitem sprengen.

Aber: Wir sind noch lange nicht am Ende angekommen. Für unserer Ziel einer „Stadt für alle“ gibt es noch viel zu tun. Viel von dem, was wir seit 2014 angepackt haben, wollen und müssen wir weiterführen – und einiges neues angehen.

ErlangenPass plus

Die Teilhabe von Menschen mit niedrigen Einkommen in unserer Stadt wollen wir weiter verbessern. Der ErlangenPass, den wir eingeführt haben, ist dabei ein Erfolgsmodell: Über 5.000 Menschen nutzen ihn bereits für Vergünstigungen bei Kultur- und Freizeitangeboten und das Sozialticket. Bisher erhalten ihn aber nur Bezieher*innen von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter oder Wohngeld. Das war als erster Schritt auch richtig, weil sich so der ErlangenPass einfach einführen ließ: Es war keine zusätzliche Einkommensprüfung notwendig.

Nach dem großen Erfolg wollen wir den Pass nun aber ausweiten: Künftig sollen ihn auch Bezieher*innen niedriger Einkommen erhalten, die aber keine Sozialleistungen beziehen. Auch davon gibt es viele in unserer Stadt, und auch diese können sich oft die kulturellen oder die Freizeitangebote in unserer Stadt nicht leisten – gerade auch angesichts steigender Belastungen z.B. durch die hohen Mieten. Und die Erfahrung, in welch großem Umfang der ErlangenPass genutzt wird rechtfertigt eben auch den zusätzlichen Aufwand, den es bedeutet, für diese weiteren Personen eine Einkommensprüfung durchzuführen. Aus dem ErlangenPass wird der ErlangenPass plus, für mehr Teilhabe in unserer Stadt!

Von Philipp Dees
Stellvertretender Kreisvorsitzender

Entschlossen gegen den Klimawandel

Wir wollen den Kampf gegen den Klimawandel in Erlangen verstärken: Den „Klimanotstand“ auszurufen, war für uns kein symbolischer Akt, sondern der Auftrag, konsequent weiter zu handeln. Dafür wollen wir alle Potentiale für den Ausbau Erneuerbarer Energien im Stadtgebiet nutzen, unter anderem durch klare Vorgaben zu deren Nutzung bei Neubauten und, ebenso durch entsprechende Vorgaben, die massive Senkung des Energieverbrauchs. Einen Schwerpunkt wollen wir dabei auf die energetische Quartierssanierung legen,

Fortsetzung auf Seite 3

07.09.	09:00	Plakatständer-Aktion	August-Bebel-Haus	S. 4
10.09.	19:00	Distrikt Tennenlohe	Schlossgaststätte	S. 21
10.09.	19:30	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 24
11.09.	18:00	Distrikt Anger-Bruck	Angerwirt	S. 18
11.09.	20:00	Kreisvorstand		
14.09.	09:30	Fahrt nach Flossenbürg		S. 11
17.09.	15:00	AG 60Plus	August-Bebel-Haus	S. 23
17.09.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse: Nebenraum	S. 20
18.09.	20:00	Film: Ein Mann namens Ove	IG-Metall Saal	S. 24
18.09.	20:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsversammlung	Schützenhaus	S. 20
18.09.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Berliner Platz	S. 21
18.09.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S.22
19.09.	12:00	Lars Klingbeil	Haus des Handwerks	S. 4
19.09.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	10:00 bis 15:00 Uhr
Dienstag	10:00 bis 15.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag	12:00 bis 14:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin: Nina Riebold
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten:

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr 14:00 bis 17:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr 14:00 bis 16:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Philipp Dees,

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Monika F ath-Kelling, Rolf Schowalter, Mark Schuster

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

mit der die GeWoBau unter unserer Mehrheit begonnen hat.
Auch die Verkehrswende wollen wir weiter vorantreiben: Bei der Stadt-Umland-Bahn haben wir die Planungen auf den Weg gebracht – aber damit fährt sie ja noch nicht. Damit Erlangen endlich ein modernes, leistungsfähiges Rückgrat für den öffentlichen Nahverkehr bekommt, ist noch einiges an Arbeit nötig. Und dafür braucht es weiterhin eine Mehrheit, die diese Stadt-Umland-Bahn auch will. Das gleiche gilt für die Verkehrswende insgesamt, die wir angestoßen, aber bei weitem noch nicht umgesetzt haben: Wir wollen die Takte beim Busverkehr verkürzen – mit dem Ziel des 10-Minuten-Taktes – , das Radfahren mit mehr, breiteren und sichereren Radanlagen attraktiver machen, auch das Zu-Fuß-Gehen durch bessere Gehwege fördern (z.B. durch die weitgehende Abschaffung des „Aufparkens“) und vieles mehr. Und auch bei Naturschutz und mehr Grün in unserer Stadt werden wir weiter aktiv sein, damit unsere Stadt auch im Klimawandel lebenswert bleibt.

Weiter voran beim Wohnungsbau

Auch beim Wohnungsbau waren wir in den letzten Jahren erfolgreich: Mit unserer Neubauoffensive haben wir für eine Trendwende auf dem Wohnungsmarkt gesorgt: Die Zahl der geförderten Wohnungen steigt endlich wieder, die Zahl der beim Wohnungsamt gemeldeten Wohnungssuchenden sinkt und der Mietanstieg hat sich immerhin verlangsamt.
Jetzt heißt es aber: Nicht nachlassen! Denn bei immer noch steigender Bevölkerungszahl – insbesondere auch aufgrund einer höheren Geburtenzahl – und auch durch den demographischen Wandel (steigende Zahl von Senior*innen mit kleineren Ein- oder Zwei-Personen-Haushalten) steigt der Wohnungsbedarf in Erlangen immer noch. Und es stehen auch immer noch 1.600 Haushalte beim Wohnungsamt auf der Warteliste für eine geförderte Wohnung.
Deshalb wollen wir den Wohnungsbau auch in den nächsten Jahren fortsetzen – auch wenn das schwieriger wird, weil durch die Ablehnung von „West III“ die Flächen für neue Wohnungen sehr knapp sein werden. Weiter werden wir den Neubau mit klaren Bedingungen bei Mieten bzw. Verkaufspreisen verbinden, um so dafür zu sorgen, dass auch wirklich ausreichend bezahlbare Wohnungen entstehen. Und wir werden uns weiterhin an den Bedürfnissen von den Gruppen orientieren, die auf dem Wohnungsmarkt besondere Schwierigkeiten haben: Insbesondere sind das Senior*innen, große Familien und Menschen mit Behinderungen, insbesondere (aber nicht nur) im Rollstuhl. Gerade für diese Gruppen werden wir geeignete Wohnungen schaffen.
Und wie schon bisher werden wir auch weiter dafür sorgen, dass nicht nur neue Wohnungen gebaut werden, sondern auch lebenswerte Quartiere entstehen: Mit Spiel-, Freizeit- und Grünflächen, Kunst und der nötigen sozialen Infrastruktur wie Stadtteilhäusern oder KiTas.

Ausbau der Bürger*innenbeteiligung

Die Bürger*innenbeteiligung wollen wir weiter ausbauen. Selbstverständlich werden bewährte Formate wie die Stadtteilbeiräte oder die Workshops z.B. zu Gestaltung von Straßen und Plätzen fortgeführt; bei den Stadtteilbeiräten wollen wir gemeinsam mit diesen die Erfahrungen ihrer ersten sechs Jahre auswerten und prüfen, was im Lichte dieser Erfahrungen verändert werden sollte.
Wir wollen aber auch weitere Wege einschlagen. Dazu gehören besonders Bürger*innenbudgets, wie sie z.B. in unserer französischen Partnerstadt Rennes eingesetzt werden: Hier können die Bürger*innen eines Stadtteils gemeinsam darüber entscheiden, für welche Vorhaben in ihrem Stadtteil ein bestimmter Geldbetrag ausgegeben werden soll. Damit können die Bürger*innen Maßnahmen nicht nur anregen, sondern konkret einschließlich Finanzierung anschieben!

Ihr seht: Wir haben noch viel vor: Die vier in diesem Artikel angesprochenen Bereiche waren nur ein kleiner Auszug aus dem umfangreichen Programm für die Jahre 2020 bis 2026, das wir gemeinsam erarbeitet und im Juli beschlossen haben.
– und einiges neues angehen., um weiterzumachen auf dem Weg zur „Stadt für alle“: Zu einer Stadt, die lebenswert ist und in denen Menschen unterschiedlicher sozialer Hintergründe, unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Lebensentwürfen gut miteinander leben!

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 19. September 2019, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Aktuelles Thema – wird noch bekanntgegeben*
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

*Durch eine kurzfristige Terminveränderung nach Redaktionsschluss ist uns das ursprünglich geplante KMV-Thema „abhanden gekommen“. Über das neu festgelegte Thema informieren wir euch per E-Mail , oder ihr fragt im Parteibüro nach.

Dieter Rosner Philipp Dees Sandra Radue

Infos aus der Wahlkampfleitung

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Wahlkampf hat begonnen – und wir brauchen eure Unterstützung! Denn nur, wenn wir alle zusammen kämpfen, können wir im kommenden Jahr wieder als Erlangens gestaltende Kraft gewählt werden – aber dann haben wir gute Chancen!

Plakatständer-Aktion am 7. September

Am 7. September ab 9 Uhr (bis ca. 15 Uhr) wollen wir die Plakatständer reinigen und damit für den Einsatz im Wahlkampf vorbereiten. Dafür brauchen wir viele Helferinnen und Helfer – ob für eine Stunde oder länger, entscheidet ihr.
Bitte meldet euch bei Manfred Dohmstreich über organisation@spd-erlangen.de. Und: Wer beim Reinigen der Plakatständer hilft, den laden wir auch herzlich ein, beim anschließenden Grillen mit dabei zu sein: Damit wir nach getaner Arbeit auch miteinander feiern!

Vor-Ort-Termine und Tür-zu-Tür-Wahlkampf

Schon im August haben wir unsere Vor-Ort-Reihe begonnen. Ab September werden wir diese ausbauen: Mit zahlreichen Terminen mit Florian Janik – und auch einigen weiteren in allen Stadtteilen zu Themen, die dort diskutiert werden. Und ihr könnt uns unterstützen: Indem ihr selbst zu den Veranstaltungen kommt und mitdiskutiert – und indem ihr eure Nachbarinnen und Nachbarn darauf hinweist und mitbringt!
Ende September starten wir auch mit dem Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Und auch hier brauchen wir euch, um gemeinsam mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten an den Haustüren ins Gespräch zu kommen. Wenn ihr mitmachen könnt, dann meldet euch bitte unter hausbesuche@spd-erlangen.de – dann erhaltet ihr die Einladungen zu den konkreten Terminen und könnt euch anmelden!

Unterstützung bei den Plakatierungen

Für unsere vielen Veranstaltungen im Herbst müssen wir natürlich auch plakatieren. Auch dafür brauchen wir eure Unterstützung! Bitte meldet euch bei Manfred Dohmstreich und Robert Thaler über organisation@spd-erlangen.de. Dann erhaltet ihr per E-Mail Infos, wenn eine Plakatierung ansteht und könnt jeweils mitteilen, ob ihr zu dem konkreten Termin Zeit habt.

Social Media-Seminar

Das Social Media-Team bietet allen Interessierten ein Seminar an, um die individuellen Fertigkeiten auf den sozialen Plattformen wie Facebook und Instagram auszubauen. Das Seminar richtet sich hierbei nicht nur an diejenigen, die bereits auf den Plattformen aktiv sind, sondern auch an interessierte Nicht-Nutzer_innen, die gerne einsteigen möchten.
Das Seminar beginnt am Samstag, 7. September um 13 Uhr und endet ca. gegen 17 Uhr. Bei Interesse meldet euch bei Munib Agha an (munib_agha@hotmail.com).

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2019
18. September 2019

Vorankündigung – Lars Klingbeil kommt am 19.9.2019 nach Erlangen

Auf meine Einladung hin kommt unser Generalsekretär Lars Klingbeil nach Erlangen.

Eine Woche nach der Regionalkonferenz der SPD in Nürnberg bekommen wir die Möglichkeit, uns mit Lars zu dem Erneuerungsprozess der SPD direkt auszutauschen, unsere Eindrücke, Wünsche und Vorstellungen und auch unsere regionalen Besonderheiten mit ihm zu diskutieren.
Am Donnerstag, den 19.9.2019 wird Lars über die Mittagszeit von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr für zwei Stunden Station in Erlagen machen.
Für diese Zeit ist bereits der Meistersaal im Haus des Handwerks für uns reserviert und wir werden für einen kleinen Imbiss sorgen, so dass möglichst viele von Euch bei einer „langen Mittagspause“ die Gelegenheit wahrnehmen können, mit Lars persönlich ins Gespräch zu kommen.
Merkt Euch den Termin bereits vor – wir freuen uns auf interessante und konstruktive Diskussionen.

Eure Martina Stamm-Fibich, MdB

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juli und August Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

05.09. Manfred Preuß
82 Jahre

13.09. Manfred Kienzerle
80 Jahre

14.09. Kurt Steinmüller
85 Jahre

17.09. Julie Mildenberger
60 Jahre

18.09. Axel Röhrborn
80 Jahre

21.09. Otto Zach
70 Jahre

24.09. Karlheinz Eger
86 Jahre

25.09. Georg Kugler
75 Jahre

26.09. Wolfram Gerold
75Jahre

Bunt, vielfältig, kompetent: Die SPD-Stadtratsliste steht

Oberbürgermeister Florian Janik zeigte sich sehr zufrieden über die große Geschlossenheit bei der Nominierungsversammlung der SPD zur Stadtratswahl am 20. Juli. In seiner Begrüßungsrede unterstrich er den politischen Führungsanspruch der SPD im Rathaus. „Ich freue mich darauf mit einem jungen und dynamischen Team in den Wahlkampf zu ziehen. Mit dieser Liste können wir uns sehen lassen und deutlich machen: Wir wollen auch in den nächsten Jahren gemeinsam mit den Erlangerinnen und Erlangern unsere Stadt weiter gestalten."

Bei einer harmonisch verlaufenden Versammlung im Saal der SpVgg Erlangen wählten die Parteimitglieder eine „bunte, kompetente und vielfältige Liste, die unsere Erlanger Bevölkerung bestens widerspiegelt", so Kreisvorsitzender Dieter Rosner. Viele neue und junge Gesichter sind auf den vorderen Listenplätzen vertreten (11 Neue unter den ersten 20 Kandidatinnen und Kandidaten, davon 6 unter 35 Jahre). Aber auch die erfahrenen amtierenden Stadtratsmitglieder, wurden angemessen berücksichtigt.

Sichtlich erfreut zeigten sich Rosner und Janik über die gute „Mischung", die mit dem Listenvorschlag gelungen ist. Nicht nur jung und alt sind breit vertreten: Der jüngste Kandidat ist 19, die älteste Kandidatin 71 Jahre alt. Die SPD hält auch am „Reißverschlussprinzip" fest, so dass sich Frauen und Männer auf den Listenplätzen abwechseln. Eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte und aus der muslimischen Gemeinde Erlangens sind vertreten. Auch sechs Männer und Frauen, die noch nicht Parteimitglieder sind, unterstützen die SPD-Liste. Selbständige, Studierende und Arbeitnehmer*innen aus den verschiedensten Berufsfeldern finden sich auf der Liste wieder. Auch die Erlanger Stadtteile sind angemessen berücksichtigt.

„Jetzt können wir voller Überzeugung mit einer guten Mischung aus Erfahrung und frischem Wind nach draußen gehen!", rief Janik in seinem Schlusswort der Versammlung zu.

Die gesamte Liste:

1. Dr. Florian Janik (39 Jahre, Oberbürgermeister
2. Barbara Pfister (57 Jahre, Dozentin)
3. Dr. Philipp Dees (37 Jahre, Verwaltungsangestellter)
4. Sandra Radue (47 Jahre, Lehrerin)
5. Munib Agha (30 Jahre, Mathematiker, Doktorand)
6. Valeria Fischer (34 Jahre, Buchhändlerin, Fernsehmoderatorin, Schriftstellerin)
7. Dr. Clemens Heydenreich (45 Jahre, Lektor, Journalist, Dozent)
8. Aydan Eda Simsek (23 Jahre, Studentin)
9. Dr. Andreas Richter (40 Jahre, Physiker)
10. Anette Christian (56 Jahre, Ärztin f. Allgemeinmedizin / Palliativmedizin)
11. Tobias Koerber (23 Jahre, Student)
12. Gisela Niclas (71 Jahre, Sozialarbeiterin i.R., Bezirksrätin)
13. Volker Lang (39 Jahre, Vertriebsleiter, Betriebsrat)
14. Monika Fath-Kelling (62 Jahre, Freiberufliche Unternehmerin)
15. Andreas Bammes (21 Jahre, Student)
16. Tanja Amon (45 Jahre, Steuerfachangestellte)
17. José Luis Ortega Lleras (63 Jahre, Projektmanager, Betriebsrat)
18. Lisa Kaufmann (31 Jahre, Projektmanagerin)
19. Martin Jürgen Müller (38 Jahre, Marktleiter)
20. Jennifer Wolpensinger (29 Jahre, Marketingreferentin)
21. Felix Klingert (33 Jahre, Diplom-Physiker, Doktorand)
22. Dunja Zaouali (41 Jahre, Ärztin für Innere Medizin)
23. Mark Schuster (22 Jahre, Student)
24. Susanne Spitz (42 Jahre, Schneidermeisterin)
25. Johannes Staedtke (52 Jahre, Gärtnermeister)
26. Martina M. Haase (59 Jahre, Geschäftsführerin)
27. Jens Schäfer (28 Jahre, Fachinformatiker)
28. Nina Koschmieder (34 Jahre, Integrationsberaterin)
29. Rolf Schowalter (72 Jahre, Lehrer)
30. Felizitas Traub-Eichhorn (64 Jahre, Lehrerin)
31. Dr. Mohammed Bendiab (52 Jahre, Diplom-Ingenieur)
32. Sigrid Heitkamp (56 Jahre, Betriebsratsvorsitzende)
33. Norbert Schulz (67 Jahre, Rentner)
34. Dr. Elisabeth Demleitner (52 Jahre, Wissenschaftliche Mitarbeiterin)
35. Marcel Turenhout (28 Jahre, Ingenieur)
36. Grit Nickel (32 Jahre, Wissenschaftliche Mitarbeiterin)
37. Jakob Gabriel (27 Jahre, Ingenieur)
38. Dr. Katrin Hurle (33 Jahre, Wissenschaftliche Mitarbeiterina)
39. Andreas Neupert (29 Jahre, Elektroniker)
40. Saskia Grit Coerlin (43 Jahre, Geschäftsführerin)
41. Christian Beck (34 Jahre, Gewerkschaftssekretär)
42. Susanne Korte (59 Jahre, Dozentin)
43. Winfried Stein (68 Jahre, Bauoberrat i.R.)
44. Somayyah Hamdan (49 Jahre, Ärztin für Allgemeinmedizin)
45. Dr. Andreas Arnold (54 Jahre, Arzt, Internist)
46. Nina Riebold (28 Jahre, Geschäftsführerin)
47. Emil Drossel (19 Jahre, KfZ-Mechatroniker)
48. Katharina Ullmann (40 Jahre, Lehrerin)
49. Dr. Michael Zimmermann (43 Jahre, Philosoph/Gestalttherapeuth)
50. Julie Mildenberger (59 Jahre, Diplomsozialpädagogin)

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion und dem „Rathaus-Report“ der Stadt

Konkrete Maßnahmen zum „Klimanotstand“ beschlossen

Ende Juli hat der Erlanger Stadtrat erste Maßnahmen zum Klimanotstand beschlossen. Dazu gehören neben Instrumenten zur Steuerung des weiteren Prozesses (schnellstmögliche Besetzung einer Stelle in der Stadtverwaltung, Steuerungsgruppe, Erstellung eines Konzeptes der notwendigen Maßnahmen zum Erreichen des 1,5-Prozent-Ziels) auch konkrete Schritte wie Grundstücksausschreibungen mit nachhaltiger Bauweise als Kriterium, Erhöhung des Anteils vegetarischer und veganer Gerichte an Schulen und KiTas, Umwandlung einiger Parkplätze in Radstellplätze etc. Und anderes wird die Stadt mit voller Kraft weitermachen, z.B. den Ausbau der Solarenergie in der Stadt.

Was wir im Bereich Klimaschutz bereits getan haben und was wir noch tun wollen, findet ihr in einer Sonderausgabe des Rathaustelegramms unter: www.spd-fraktion-erlangen.de/rathaustelegramm

SPD-Wohnungspolitik zeigt Wirkung

Die Wohnungspolitik der SPD in Erlangen beginnt Wirkung zu zeigen: Das zeigt nach dem Wohnungsbericht 2018 (siehe RT 3/2019) auch eine im Juli vorgestellte Auswertung des für das Wohnungswesen zuständigen Sozialamtes.

So steigt zum einen die Zahl der geförderten Wohnungen seit 2016 wieder an, obwohl regelmäßig alte Wohnungen aus der sogenannten „Bindung“ fallen. Trotzdem gab es Ende 2019 mit 3.128 geförderten Wohnungen gut 200 mehr als Ende 2016. Gleichzeitig ist 2018 erstmals in diesem Jahrzehnt die Zahl der Haushalte auf der Warteliste für geförderte Wohnungen zurückgegangen, um gut 200 auf jetzt 1.604.

„Diese Entwicklung wäre ohne den von der SPD und Florian Janik an der Spitze der ‚Ampel‘ eingeleiteten Kurswechsel in der Wohnungspolitik nicht möglich gewesen“, betont SPD-Wohnungssprecher Philipp Dees: „Seit 2014 wird darauf geachtet, dass nicht einfach Wohnungen gebaut werden, sondern dass immer auch bezahlbare dabei sind. Dafür sorgt vor allem die Quote für geförderten Wohnungsbau, die wir eingeführt haben und seitdem konsequent durchsetzen. Und natürlich wirkt vor allem auch die Wohnungsbauoffensive bei der GeWoBau.“ Die städtische Wohnungsbaugesellschaft hält knapp 90 Prozent der geförderten Wohnungen in Erlangen und wird die Zahl in den kommenden Jahren noch deutlich weiter steigern: 120 weitere geförderte Wohnungen befinden sich bei ihr derzeit im Bau, weitere rund 250 im Stadtgebiet in konkreten Planungen.

Trotzdem steht der Wohnungsmarkt in Erlangen weiterhin vor Herausforderungen: So fehlen vor allem große Wohnungen für Familien. Deren Zahl auf der Warteliste steigt derzeit an. Auch nimmt die Zahl der Menschen, die von Obdachlosigkeit Betroffenen sind und deshalb von der Stadt untergebracht werden, zu: Wo früher schnell wieder in eine reguläre Wohnung vermittelt werden konnte, bleiben die betroffenen jetzt deutlich länger in den Verfügungswohnungen – weshalb die Stadt derzeit intensiv dabei ist, durch Nutzung eigener Immobilien und Anmietungen weitere Verfügungswohnungen gerade für Familien bereitzustellen.

„Auch wenn unsere Wohnungspolitik erste Erfolge zeigt, ist klar: Am Ziel sind wir noch lange nicht“, kommentiert Philipp Dees diese Entwicklungen: „Wir werden die Wohnbauoffensive in den kommenden Jahren deshalb weiter fortsetzen, bewährte Instrumente wie die Quote für geförderten Wohnungsbau weiterhin konsequent einsetzen und mit einer Zweckentfremdungssatzung, die die Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Nutzung – insbesondere auch die permanente Vermietung über AirBnB – untersagt, noch ausweiten.“

Dabei werde die SPD, so Dees weiter, besonders auf die Herausforderungen „Wohnungen für große Familien“ und auch „Seniorengerechtes Wohnen“ reagieren und hier Lösungen schaffen.

Ganztag

Rückert-Schule wird „fit“ gemacht

Bereits im Dezember fasste der Stadtrat den Grundsatzbeschluss: Wir wollen

unsere Grundschulgebäude weiterentwickeln, um echte Ganztagsbildung zu ermöglichen.
Nun wird mit der Friedrich-Rückert-Grundschule die erste Schule in den Blick genommen. Der Neubau einer Mensa ermöglicht eine qualitätsvolle Mittagsversorgung. Zudem werden Differenzierungs- und Bewegungsräume angebaut und weitere Klassenzimmer geschaffen. Hierfür werden wir zwischen 4 und 7 Millionen Euro investieren. Diese Maßnahme wird neben dem bestehenden Schulsanierungsprogramm durchgeführt, was für die Verwaltung eine enorme Anstrengung darstellt.
„Wir sehen in der Weiterentwicklung von Schulen zu echten Lebensräumen eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung auch im Grundschulalter, der im Jahr 2025 zu erwarten ist, haben wir nun die Chance, mit der Friedrich-Rückert-Schule das erste Schulgebäude umfassend umzugestalten", erklärt Bildungssprecherin Sandra Radue.
Diese Priorisierung hat die Lenkungsgruppe Ganztag in der Stadtverwaltung erarbeitet um den Grundsatzbeschluss „Zukunft Grundschule und Ganztagsbetreuung" zu konkretisieren. Die Schule erwartet bis zum Schuljahr 2024/25 einen Zuwachs an etwa 100 Schülerinnen und Schüler, was einer Steigerung von 26 % entspricht. In Zukunft sollen vier weitere Erlanger Grundschule umgestaltet werden.
Die Entscheidung im Stadtrat fiel einstimmig, was deutlich macht, dass die Notwendigkeit, unsere Grundschulen fit für das 21. Jahrhundert zu machen, von allen Fraktionen mitgetragen wird. Denn Schule ist mehr als Unterricht – hier entsteht ein echter Lebens- und Bildungsort.

Umgestaltung des Zollhausplatzes

„Alles so schön grau hier", so lautete der Titel der Veranstaltung des SPD Kreisverband Erlangen auf dem Zollhausplatz. Gemeinsam mit den Anwohner*innen des Zollhausviertels wollten wir diskutieren, ob und wie der Platz umgestaltet werden soll. Das Ergebnis der Veranstaltung war, dass die Anwohner*innen sich eine höhere Aufenthaltsqualität auf dem Platz wünschen. Dies hat die SPD-Fraktion dazu veranlasst die Verwaltung zu beauftragen, einen Bürger*innen-Workshop zur Umgestaltung des Zollhausplatzes vor Ort durchzuführen. Der erste Workshop dazu, an dem mehr als 50 Leute teilnahmen, fand im April 2018 statt, wo erste Ideen gesammelt wurden.
Gut ein Jahr später, am 27. Mai, wurde der Workshop, an dem ebenfalls etwa 50 Anwohner*innen teilnahmen, mit einem Wiener Architekturbüro fortgesetzt. Diese stellten drei Entwürfe für die Umgestaltung des Zollhausplatzes vor. In allen drei Entwürfen waren die Ideen des ersten Workshops eingeflossen.
Nach der Vorstellung der Entwürfe wurden in Gruppen die Vor- und Nachteile dieser Modelle diskutiert und Veränderungsvorschläge eingebracht. Einhelliger Wunsch war dabei eine starke Entsiegelung des Platzes. Es sollen mehr Bäume gepflanzt werden. Nicht nur, um dadurch den Platz schöner zu gestalten, sondern auch aus Gründen des Mikroklimas. Denn das Zollhausviertel ist eines der Viertel in Erlangen, wo es im Sommer im Vergleich zu anderen Stadtteilen besonders heiß wird. Ein weiterer Wunsch, der häufig geäußert wurde, war die Erhöhung der Aufenthaltsqualität, um einen Begegnungsort für die Bewohner*innen des Zollhausviertels zu schaffen. Nicht nur ausreichend barrierefreie Sitzmöglichkeiten sollen geschaffen werden, sondern auch Plätze zur Freizeitgestaltung auf denen man z.B. Boule spielen kann.
Am 1. Juli fand der letzte Workshop statt, bei dem das Architekturbüro nur noch einen Entwurf vorstellte, in den sowohl Ideen des vorherigen Workshops als auch die Aspekte aller drei vorherigen Entwürfe, die von den Teilnehmer*innen als positiv bewertet worden sind, eingeflossen waren. Der Platz soll so gestaltet werden, dass Autos nicht mehr von der Werner-von-Siemens Straße auf die Gebbertstraße durchfahren können. Lediglich Busse und Fahrräder sollen noch durchfahren. Da dadurch nur noch die Busspur gebraucht wird, kann die zweite Fahrspur entsiegelt und mit Bäumen bepflanzt werden.
Beide Workshops wurden von einem Künstler begleitet, der auf dem letzten Workshop seine Ideen vorstellte. Bis in den 60er Jahren fuhr die Sekundärbahn durch das Zollhausviertel (auch „Seku" genannt. Aufgrund der lautlichen Nähe zur deutschen Bezeichnung des Tiers, schlägt der Künstler vor, den Platz mit Sitzmöbeln in Form einer Seekuh auszustatten.
Mit den Workshops ist der Verwaltung eine Beteiligung von Bürger*innen gelungen, die viele Anwohner*innen angesprochen hat, weil viele ihre Ideen einbringen konnten. Im Planungsausschuss im September wird der finale Entwurf vorgestellt. Die notwendigen Mittel sollen im Haushalt bereitgestellt werden. Im kommenden Jahr kann dann auch mit der Umsetzung begonnen werden. Hoffentlich lautet das Motto dann bald „Alles so schön grün hier!"

Was wird aus dem Großparkplatz?

Der Großparkplatz ist eine der letzten Entwicklungsflächen, die die Stadt noch in unmittelbarer Nähe der Innenstadt hat. Er ist aber auch eine Fläche, die viele Nutzungen und Nutzungsanforderungen auf sich vereint: So ist er nicht nur großer zentrumsnaher Parkplatz für Besucher*innen der Erlanger Innenstadt, sondern auch zentraler Verkehrsknoten, dessen Bedeutung in den nächsten Jahren noch zunehmen wird: Regional- und Fernverkehr der Bahn, Buslinien, Fahrräder, Autos und künftig auch die Stadt-Umland-Bahn treffen sich auf der Fläche, es gibt vielfältige Umsteigebeziehungen zwischen diesen Verkehrsmitteln.
Aber: Ein wirklich schönes Gebiet ist der Großparkplatz nicht, und die Fläche bietet Potential für weitere Nutzungen. Deshalb möchte die Stadt, unterstützt dabei auch von der SPD, in den nächsten Jahren die Entwicklung der Fläche angehen. Wie, das soll im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden. Ein erster Workshop zur Beteiligung fand nun im Juli statt.
Dabei zeigte sich: Die Bürgerinnen und Bürger haben vielfältige Vorstellungen von der künftigen Nutzung der Fläche.
So wurde die Bedeutung der Verkehrsdrehscheibe betont, kontrovers war aber, ob es nun mehr Parkplätze geben soll – wie derzeit vom Stadtrat geplant, um in Kombination mit einer City-Bus-Linie wegfallende Parkplätze in der Innenstadt zu ersetzen und den Stellplatzbedarf des Universitätsklinikums zu decken – oder ob nicht angesichts

des Klimanotstands und der guten ÖPNV-Anbindung weniger Parkplätze die bessere Lösung seien. Geäußert wurde der Wunsch nach einer großen Veranstaltungshalle oder auch nach einem grünen, ökologisch ausgerichteten Stadtteil der „kurzen Wege“ auch in die Innenstadt. Diskutiert wurde auch, wie hoch die Bebauung mit Blick auf die Stadtsilhouette werden sollte.
Die im Bürgerworkshop gesammelten Anregungen gehen nun in einen Planungswettbewerb ein, den die Stadt voraussichtlich Ende des Jahres ausloben wird. Dort sollen dann Stadtplaner*innen aus den Vorschlägen und den Gegebenheiten, wie z.B. dem zu gewährleistenden Lärmschutz, Ideen für eine Entwicklung des Großparkplatzes zur „Regnitzstadt“ aufzeigen.
„Die SPD sieht in der Entwicklung eine große Chance für Erlangen und besonders die Innenstadt“, bewertet SPD-Planungssprecher Philipp Dees die Entwicklung: „Mit einer Kombination aus ‚Mobilitätsdrehscheibe‘ einschließlich Parken, gewerblicher Nutzung und an einigen Stellen auch Wohnen können mehr Menschen dicht an die Innenstadt geführt werden – und diese werden dann mit attraktiven Übergängen von der ‚Regnitzstadt‘ zur Innenstadt auch zu Kund*innen unseres Erlanger Einzelhandels.“

Schulen erhalten Glasfaser

Während im Bund noch gestritten wird, wer wie und wann Fördermittel für die Digitalisierung der Schule zur Verfügung stellt und in Bayern trotz vollmundiger Versprechen der CSU im Landtagswahlkampf die Fördermittel erstmal ausgesetzt wurden, macht Erlangen Nägel mit Köpfen. Wir investieren rund 3,75 Millionen Euro in die Herstellung von Glasfaseranschlüssen für 29 öffentliche Schulen.
Verbunden ist damit auch die Inhouse-Verkabelung. Der Beschluss über die Vergabe an die Erlanger Stadtwerke (ESTW) durch KommunalBit wurde nun im Bildungsausschuss behandelt. Die Erschließung aller Erlanger Schulen wird damit im Jahr 2021 abgeschlossen sein.

Abonniert unser Rathaustelegramm

Mit dem Fraktion-Newsletter Rathaustelegramm bleibt ihr auf dem laufenden über das, was wir in der Stadtratsfraktion tun. Abonnieren könnt ihr es durch eine E-Mail an unsere Geschäftsführerin Nina Riebold, spd.fraktion@stadt.erlangend.de

Informationen aus dem Wahlkampf

Dein Janik - Dein Termin: Florian Janik im Gespräch

„Dein Janik – dein Termin“: Unter diesem Motto können Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen etc. etc. Termine mit Florian Janik vereinbaren und mit ihm über die Themen sprechen, die sie bewegen. Seit dem Start der Reihe im April hat Florian Janik dabei schon zahlreiche Gespräche geführt – und noch mehr sind vereinbart.

Wie weiter mit dem Klimanotstand...

... und vor allem: Wie bringt man die Menschen in Erlangen dazu, dabei mitzumachen? Das fragen sich Andreas Jenne und Carsten Bartens schon, seit der Stadtrat im Mai den Klimanotstand ausgerufen hat. Die beiden sehen in der Klimakrise eine der größten Herausforderungen für die Zukunft. Deshalb unterstützen Sie als „Parents-for-Future“ ihre Kinder im Teenager- und Studierenden-Alter bei deren Forderungen nach einer echten Klimawende.
Den Erlanger Oberbürgermeister haben sie eingeladen, weil sie das Anliegen, diese große Aufgabe zu stemmen, in die breite Bevölkerung tragen wollen. Andreas Jenne: „Nur wenn wir das Thema gemeinschaftlich angehen und alle einen Beitrag leisten, können wir die Klimakatastrophe abwenden. Dazu müssen wir ein breites Bewusstsein für das Problem schaffen und für alle Maßnahmen für Akzeptanz in der Gesellschaft

sorgen." Nur wie? Carsten Batens: „Man müsste eine große Kampagne starten und Plattformen schaffen, damit die unterschiedlichen Akteure in Interaktion treten können und so das Engagement vieler Einzelner besser verzahnt wird."

In dem knapp einstündigen Gespräch tauschten die drei verschiedene Ideen aus und wogen Alternativen ab. Das Problem: Wo erreicht man alle Menschen in Erlangen? Vielen Veranstaltungen werden immer nur von bestimmten Bevölkerungsgruppen besucht. Und das Thema Klimaschutz spricht nicht auf Anhieb jede/n an, auch wenn die Auswirkungen bereits für alle deutlich spürbar sind. Florian Janik: „Wichtig ist es, das Thema Klimaschutz konkret und erfahrbar mit der Lebenswelt der Menschen zu verknüpfen. Und die Leute müssen direkt angesprochen und persönlich eingeladen werden."

Die Idee: Die Sportvereine und die Kirchengemeinden erreichen in der Summe wahrscheinlich am meisten Erlangerinnen und Erlanger direkt. Wenn es gelingt, die Vereine und Kirchen mit ins Boot zu holen, um für konkrete Projekte zu werben, vielleicht sogar mit einer kleinen „Arbeitsgruppe Klimaschutz" als Ansprechpartner für und Vermittler zur Stadt zu fungieren, könnte es gelingen, viel mehr Menschen zu erreichen und zum Mitmachen zu bewegen. So könnte ein breites Aktionsbündnis entstehen, dass die vielen Aufgaben, die der Klimaschutz mit sich bringt, im Auge behält und die Stadt bei deren Umsetzung gezielt unterstützt und begleitet.

Diese Idee nahm Florian Janik dankbar mit und versprach: „Das kümmere ich mich gleich nach meinem Urlaub darum! Wenn nun noch viele junge Menschen der Fridays-for-Future-Bewegung dies in ihren Vereinen und Gemeinden unterstützen und auch seitens der Basis einfordern, kann daraus ein wirklich toller Beteiligungsprozess werden."

Der Tennenloher Distrikt flog aus

Seit einigen Jahren ist es üblich geworden, dass wir als Tennenloher Genossinnen und Genossen Anfang August eine dreitätige Exkusion durchführen. So waren wir in den vergangenen Jahren in der Oberpfalz, im Fichtelgebirge, im Bayerischen Wald, in Schwäbisch-Hall und an der Jagst sowie in Weißenburg und Umgebung und in Rothenburg. Alles Orte im Umkreis von ca. 100 km und in einer Autostunde zu erreichen. Diesmal haben wir öffentliche Verkehrsmittel gewählt und die Entfernung verkürzt, sind in Bamberg gelandet und haben uns dort einquartiert. Neben Führungen (Stadtführung, Dom, Bierkultur) gehört immer ein kulturelles Ereignis zum Programm. In diesem Jahr ging es am Stephansberg um Josef Grün, genannt Guiseppe Verdi und um die Morde in seinen Opern. Ein heiteres Kabarett-Programm, das neben viel Ironie auch musikalischen Hochgenuss bot. Neben Verdi wurden Mozart, Beethoven, Reger bedacht und unter anderem die Arie der Königin der Nacht sehr gekonnt präsentiert. Ins 13. Tucher Jazz- und Bluesfestival konnten wir reinschnuppern. Diese drei Tage sind für den Zusammenhalt der Gruppe sehr wichtig, wir können Pivates austauschen, politische Themen diskutieren und nebenbei einiges erleben und neue Eindrücke gewinnen. Überrascht waren alle, wie grün Bamberg und wie kurz die Entfernung von der Innenstadt bis zum Hain ist. Beeindruckt von der idyllisch gelegenen Wegen entlang des Regnitzarms und der Gestaltung des Hain-Parks konnte dann am Sonntagnachmittag der Aufstieg zur Altenburg in Angriff genommen werden. Bei der Organisation der Exkursionen wechseln wir uns ab, jedes jahr übernimmt jemand anders die Planung.

Die Tennenloher Genossinnen und Genossen (s.links): Alfred Opitz, Inge und Gert Büttner, Rolf Schowalter, Klaus und Rosi Speicher, Maria und Hans Hauer, Irina Seide. Foto: Gertrud Reich-Schowalter

Das Rottmeisterhäuschen am Alten Rathaus für die Wachmannschaften. Das Rathaus wurde wegen Querelen mit dem Bischof in den Fluss gebaut, musste dann aber mit Brücken zugänglich gemacht werden. Das üppich bemalte Rathaus ist eine der berühmten Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Der Künstler Wang Shugang aus Peking hat diese 8 knallroten Männer in Hockstellung geschaffen, die seit 2016 in Bamberg auf dem neuen Fundament im Kreis sitzen und einander anstarren, Die Tennenloher Genossinnen und Genossen platzieren sich dazwischen in allerdings anderen Farbtönen von Hellblau, Dunkel(st)blau, Lila, Grün bis hin zu Gelb.

Rolf Schowalter

Der Tennenloher Bote Ausgabe 99

Anfang August wurde die 99. Ausgabe des Tennenloher Boten flächendeckend in Tennenlohe verteilt. Neben vielen Informationen und Berichten, die den Ort betreffen, gibt es in dieser Ausgabe auch einige Artikel von allgemeinerer Bedeutung. So beschäftigt sich ein Artikel mit dem Thema „Glyphosat", zusammengestellt aufgrund der Unterlagen, die Ulla Schnapper hinterlassen hat und die die Grundlage für ihr noch am 14.Mai im Distrikt gehaltenes Referat bildeten. Gert Büttner begründet, warum man bei der Grundrente auf eine Bedürftigkeitsprüfung nicht nur verzichten kann, sondern auch muss. Gisela Niclas berichtet über die Arbeit der SPD-Fraktion im Bezirkstag und erklärt dabei die Arbeit des Bezirks. Wilhelm Horn hat sich mit den Ausgleichsflächen der Bahn befasst. Und schließlich gibt es auch noch eine Bewertung der Vorgänge um die (gescheiterte) Spitzenkandidatur und die Wahl von der Leyens. In der vorliegenden Ausgabe ist die Kombination von vielen ortsbezogenen Themen und Informationen mit gehaltvollen und gut recherchierten Artikeln überörtlicher Bedeutung gelungen. Der Tennenloher Bote erscheint regelmäßig seit 31 Jahren mit normalerweise drei Ausgaben pro Jahr. Bei Wechseln der Redaktionsleitung gab es auch mal nur 2 Ausgaben, in besonderen Wahlkampfjahren auch gelegentlich 4 Ausgaben. Der Tennenloher Bote versteht sich als Medium der Information und Kommunikation und als Dienstleitung für den Ort. Es geht erst in zweiter Linie um Vorstellungen und Erklärungen von parteipolitischen Sachverhalten. Die Rückmeldungen aus dem Ort sind sehr positiv. Die Bürger/innen fühlen sich informiert, ernst genommen und in ihrer Verantwortung für den Ort gewürdigt. Seit Dezember 2012 (Nr. 80) erscheinen die Ausgaben auch in der Printform in Farbe. Im Dezember wird die 100. Ausgabe erscheinen. Der Tennenälouer Gerch wird dann seinen Kommentar im Tennenloher Dialekt formulieren und eine Glosse zu aktuellen politischen oder allgemeineren Themen und Ereignissen wird es wie so oft in den letzten Jahren auch geben.

Rolf Schowalter

Zurück zu den Wurzeln

Politik ist ein Kampf um die Themensetzung. Die Sozialdemokratie muss sich glaubwürdig der Zähmung des Kapitalismus widmen.

Von Sheri Berman

Auch, wenn‘s schwer fällt: Eine klare Linie ist gefragt.
Zwei der dramatischsten und folgenreichsten Entwicklungen der letzten zehn Jahre waren der Aufstieg der populistischen Rechten und der Niedergang der sozialdemokratischen Linken. Diese Entwicklungen sind, wie bereits mehrfach dargestellt, eng miteinander verbunden. Trotzdem zieht ein verminderter Zuspruch für den Populismus nicht automatisch erneute Erfolge für die Sozialdemokratie nach sich.
Das zeigt sich am Ergebnis der jüngsten Wahl in Dänemark, auch wenn viele Beobachter es als Beleg für genau diese Logik heranziehen. Nach allgemeinem Verständnis gewann die Sozialdemokratische Partei Dänemarks, während die rechtspopulistische Dänische Volkspartei (DF) von 21,1 Prozent im Jahr 2015 auf 8,7 Prozent abstürzte.

Weil es wichtig ist, das Schicksal von Sozialdemokratie und Rechtspopulismus zu verstehen und nachzuvollziehen, wie beide zusammenhängen, lohnt ein genauerer Blick auf die Ereignisse in Dänemark. Beginnen wir mit dem Zusammenbruch des Populismus.
International betrachtet korreliert die Zahl von Migranten in einem Land nicht sonderlich stark mit dem Erfolg von Populisten.
Laut Forschung ist in Dänemark wie auch im Rest Europas die Wählerschaft populistischer Parteien überwiegend monothematisch ausgerichtet: Die Haltung in der Einwanderungspolitik ist der beste Indikator dafür, ob jemand Rechtspopulisten wählt. Die meisten Beobachter erklären dementsprechend den Aufstieg des Populismus mit einer wachsenden Zahl von Immigranten, zunehmender Ausländerfeindlichkeit oder einer Mischung aus beidem.
International betrachtet korreliert die

Fahrt zur KZ Gedenkstätte in Flossenbürg

Der Bund für Geistesfreiheit (BfG)veranstaltet eine Busfahrt nach Flossenbürg. Im Bus sind noch Plätze frei. Falls noch jemand mitfahren möchte kann er sich unter angegebener Adresse beim Genossen Frank Riegler anmelden.
Abfahrt: Samstag, 14.09.2019, 09:30 Uhr, Erlangen, Parkplatz West,
Bussteig im Norden vor dem Parkhaus
11:30 Uhr Mittagessen im Museumscafe in Flossenbürg
13:00 Uhr -15:00 Uhr Führung durch die Gedenkstätte
gegen 17:00 Uhr Ankunft in Erlangen
Für bfg-Mitglieder ist die Teilnahme frei. Nichtmitglieder: Unkostenbeitrag 10 €; Schüler, Studenten, Hartz4-Bezieher*innen 5 €
Anmeldung bitte bis zum 08.09. an bfg-erlangen@
oder telefonisch bei Frank Riegler 0163-4289587

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Zahl von Migranten in einem Land beziehungsweise ausländerfeindliches oder nationalistisches Gedankengut nicht sonderlich stark mit dem Erfolg von Populisten. In Ungarn und Polen leben beispielsweise nur sehr wenige Einwanderer, und trotzdem haben beide Länder offen xenophobe Regierungen. Schweden wiederum ist eins der Länder Europas, in denen Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus besonders schwach ausgeprägt sind, und trotzdem sind die rechten Schwedendemokraten die drittstärkste Partei im Land. In Irland und Spanien dagegen, in denen beides relativ stark vertreten ist, hat der Populismus keine große Macht.

Auch Veränderungen bestimmter Einstellungen stehen in keinem engen Verhältnis zu populistischen Erfolgen. In einem Großteil Europas hat sich die Haltung zur Einwanderung in den vergangenen Jahrzehnten positiv entwickelt, Rassismus ist im Rückzug begriffen, und doch ist gleichzeitig die Unterstützung für den Populismus gewachsen.

Nicht steigende Einwandererzahlen oder eine zunehmende Ablehnung von Migranten befördern offenbar den Erfolg der Populisten am stärksten, sondern die Tatsache, dass die Einwanderung im Zentrum des politischen Wettstreits steht. In der Nachkriegszeit kreiste die politische Debatte in Europa in erster Linie um Wirtschaftsfragen, weshalb Wähler mit konservativen gesellschaftlichen Ansichten (zum Beispiel viele Mitglieder der Arbeiterklasse) letztere nicht zur Grundlage ihrer Wahlentscheidung machten. In den verganenen Jahrzehnten jedoch rückten im politischen Wettbewerb gesellschaftliche Themen wie Einwanderung und nationale Identität zunehmend in den Mittelpunkt, sodass Wählerinnen und Wähler stärker auf dieser Grundlage entschieden.

Wenn gesellschaftliche Themen wie Einwanderung im Vordergrund stehen, profitieren Populisten - daher verwenden sie so viel Zeit darauf, diese Themen in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken.

Wenn Bedenken gegen die Einwanderung die Debatte beherrschen – wenn also die Immigration politikwissenschaftlich gesprochen eine hohe „Auffälligkeit“ hat –, ziehen Rechtspopulisteneinen Vorteil daraus. Das liegt daran, dass in den meisten europäischen Ländern rechtspopulistische Parteien dieses Thema „in Besitz genommen“ haben: Sie werden am ehesten damit assoziiert, und ihre Wählerschaft ist sich in ihren diesbezüglichen Ansichten einig (wohingegen sich die Wählerschaft der Linken zwischen sozial Konservativen und sozial Progressiven aufspaltet). Wenn gesellschaftliche Themen wie Einwanderung im Vordergrund stehen, profitieren Populisten, was erklärt, warum sie so viel Zeit darauf verwenden, diese Themen in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken, indem sie Einwanderer dämonisieren, Fakenews verbreiten und so weiter und so fort.

Interessant an der Dänemark-Wahl ist, dass – mit Ausnahme von 2011, als die Finanzkrise das wichtigste Thema war – zum ersten Mal seit zehn Jahren die Einwanderung die Wahlkampfdebatte nicht dominierte. Das liegt überwiegend daran, dass die wichtigste Mitte-Rechts-Partei Venstre die Agenda der Dänischen Volkspartei weitgehend übernahm und auch die Sozialdemokraten ihren Kurs änderten.

Oft heißt es, die dänischen Sozialdemokraten seien eine einwanderungsfeindliche Parteigeworden und hätten linke Werte „ausverkauft“. Die Partei behauptet dagegen, sich für die Flüchtlingshilfe einzusetzen. In ihrem Wahlprogramm heißt es zum Thema Immigration anerkennend, dass Dänemark „stark von den Leistungen vieler Menschen profitiert hat, die über die Jahre zu uns gekommen sind. Menschen, die Dänisch gelernt haben, einer Arbeit nachgehen, unsere Werte teilen und heute schlichtweg Dänen sind“. Trotzdem rückten die Sozialdemokraten eindeutig nach rechts, als sie für die „Zahl der Einwanderer, die integriert werden können, Grenzen“ sah und ihre Sorge darüber äußerten, dass „viele Menschen nach Dänemark kommen, ohne ein Teil Dänemarks zu werden“.

Verschiebungen des Mainstream rechts und links schmälerten die Unverwechselbarkeit der Dänischen Volkspartei wie auch die zentrale Bedeutung der Einwanderung für den politischen Wettstreit – woraufhin der Zuspruch für den Populismus einbrach. Wie der Fraktionsführer der DF Peter Skaarup einräumte, war die Partei vielleicht „zu erfolgreich“, ist „das Thema [Einwanderung] möglicherweise heute für die Öffentlichkeit nicht mehr so wichtig“.

Die Wahl in Dänemark sollte uns in Erinnerung rufen, dass Politik in erster Linie ein Kampf um die Themensetzung ist.

Aus der Dänemark-Wahl kann man lernen, dass in Wahlen, die nicht mehr um gesellschaftliche Themen (wie Einwanderung und nationale Identität) kreisen, die Populisten an Boden verlieren. Doch die zweite Lektion lautet, dass Verluste der Rechtspopulisten noch nicht für einen Sieg der Linken ausreichen.

Die Sozialdemokratischen galten zwar als Wahlgewinner, doch ihr Stimmenanteil war sogar geschrumpft, von 26,3 Prozent 2015 auf 25,9 Prozent 2019. Wegen des Einbruchs der Dänischen Volkspartei bekam Venstre, die von 19,5 auf 23,4 Prozent zulegte, im Parlament allerdings keine Regierung zustande. Nur deshalb konnte die Parteichefin der Sozialdemokraten Mette Frederiksen mit Unterstützung zweier kleiner linker und grüner Parteien (der Sozialistischen Volkspartei und der Rot-Grünen Einheitsliste) eine Minderheitsregierung bilden.

Parteien feiern Erfolge, wenn die Themenfelder, auf denen sie im Vorteil sind, die Debatte beherrschen: Populisten profitieren, wenn die Einwanderung im Mittelpunkt steht, grüne Parteien, wenn der Schwerpunkt auf der Umwelt liegt, sozialdemokratische Parteien, wenn sich alles um wirtschaftliche Themen und insbesondere die Nachteile von Kapitalismus und unregulierten Märkten dreht – vorausgesetzt, sie haben dafür spezifische und attraktive Lösungen im Angebot (das war bei vielen sozialdemokratischen Parteien allzu lange nicht der Fall).

Die Wahl in Dänemark sollte uns in Erinnerung rufen, dass Politik in erster Linie ein Kampf um die Themensetzung ist. Wer Populisten besiegen will, muss die Themen, die sie stark machen, aus dem Zentrum der Debatte schieben. Doch damit die sozialdemokratische Linke Erfolge feiern kann, reicht es nicht, die Ängste auszuschalten, die Populisten ausschlachten. Sie muss auch den Blick auf die unzähligen wirtschaftlichen Probleme richten, mit denen unsere Gesellschaften konfrontiert sind, und die Wählerschaft davon überzeugen, dass sie die besten Lösungen hat.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Veröffentlichung von Social Europe und dem IPG-Journal.

Aus dem Englischen von Anne Emmert

Dieser Artikel wird auf Wunsch des Genossen Gerhard Carl veröffentlicht. Der Erstabdruck erfolgte im IPG-Journal am 29.7.2019. Mit freundlicher Genehmigung der IPG-Redaktion

Aus dem Bauch gesprochen:

Sozial.Demokratisch.Partei.

Von Monika Fath-Kelling

Viel Partei, relativ demokratisch, ein bisschen sozial...Oder was??
Auf jeden Fall scheint dieses Was gerade komplett „out“ and „over“ zu sein.
Dass es diesem Etwas schlecht geht, beziehungsweise dass dieses Etwas „schlecht geht“, pfeifen angeblich schon die Blinden von den Dächern und sehen die Spatzen mit dem Krückstock...
Mediales Mobbing, burschikoses Bashing, demütigende Demontage...mit der alten Tante SPD kann man fast alles machen. Das ist lustig. Bringt Klicks und Claque. Außerdem ist die Alte ein denkbar dankbares Opfer: die Alte ist ja sowas von zäh...
Wer jetzt noch auf einen weißen Retterritter hofft, dem oder der ist nicht mehr zu helfen. Anders als in Disney- und Gameworld üblich führen im richtigen Leben Versäumnisse, Fehlentscheidungen, Feigheit, Rechthuberei, Phantasielosigkeit und Planlosigkeit zu realen Blutverlusten. Kurz gesagt: es ist an der allerhöchsten Zeit für die „alte Tante“ bedachtsam ihren Brustpanzer anzulegen, sich ihrer inneren Stärke zu besinnen und vom larmoyanten Politgeplauder in den aktiven politischen Kampfmodus einzutreten. Anders als viele von uns sich noch vormachen wollen, ist das ein Kampf bei dem es um nichts weniger als das Überleben geht.
Dass wir ohne die 33 Jahre Regierungs- bzw.Mitregierungsverantwortung der SPD nicht relativ gemütliche deutsche Verhältnisse, sondern längst weit ungemütlichere englische Verhältnisse hätten: „Geschenkt“. Das gelangweilte „Volk“ hat derzeit genug Brot und schreit nach Spielen bei denen es ordentlich zur Sache geht. (Nur nicht einmal mehr die eigene Mannschaft zerlegen, dieser running-gag hat langsam Bart...)
Nie waren die Vorraussetzungen in den letzten Jahrzehnten günstiger einen tiefgreifenden Wandel zu schaffen als jetzt. Jetzt kommt es darauf an beherzt, schnell und unmissverständlich die Weichen auf Kursänderung zu stellen. Die Gunst der Stunde (Fridays for future) diesmal zu nutzen, statt sich wie schon viel zu oft in narzistische Nebensächlichkeiten hineinmanipulieren zu lassen. (ZEIT N°33 im lesenswerten Interview mit Renate Schmidt: Nun bewerben sich...um den Parteivorsitz.... so eine Art politisches Menuett“. Ich persönlich warte nur auf headlines wie „Die SPD und die wilde 13“)
Ab sofort müssen wir laut, fordernd, konsequent getreu unseres Markenkerns handeln. Nehmen wir daraus willkürlich das Gebot der Gerechtigkeit. Wir müssen die Positionen der Geringverdiener und Geradegenugverdiener -immerhin ca.85% der Bevölkerung- klar und konsequent ins Recht setzen. Das passiert nämlich, leider auch durch tätige Beihilfe der SPD, nachweislich nicht. Der gesamte Leiharbeitssektor könnte als Beispiel dienen.
Jeder sogenannte Kompromiss, der sich in vorbedachten, gesetzlichen Schlupflöchern für Kapitalstarke ausdrückt, ist kein Kompromiss, sondern die klare Kompromittierung eines großen Teils der Bevölkerung. Und demnach einer Kämper*in für Gerechtigkeit unwürdig. Genau deshalb fallen uns nämlich auch unsere Errungenschaften für die „kleinen Leute“ immer wieder auf die Füße. Statt die Finger deutlich in die faulen Stellen der „Kompromisse“ zu legen, sie als unzureichend und unfertig, vorläufig zu brandmarken, sie immer wieder anzugreifen, einmal in Form der Parteien, die für diese faulen Stellen zeichnen, andererseits eine gerechtere Position aber -auf Grund des Wahlergebnisses, auch das muss deutlich gemacht werden- nicht durchsetzbar gewesen ist, wird jeder noch so faule Kompromiss schöngeredet und weggelächelt. Natürlich sind diese faulen Stellen bei Regierungsmehrheit ganz gezielt und unverzüglich zu korrigieren. Dann müsste nämlich auch nicht jedesmal neu medial geklärt werden für was die SPD steht, dann wüsste das jedes Kind.
Weil das hier eine Kolumne und kein fertig ausgearbeitetes Strategiepapier für unsere Partei sein kann, nur noch eine Anmerkung: Der Markenkern der SPD ist ein Fels in der Brandung.
Nicht aus taktischen Gründen ein bisschen hier und da „elastisch“. Wie -um bei unserem Beispiel zu bleiben- beim Zusammen“spiel“ im Komplex Leiharbeit, Gewerkschaften, SPD, gut zu beobachten war und leider noch ist.

70 Jahre Grundgesetz:

Asyl

Von Mark Schuster

Das Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung ist seit langem so umstritten wie keine andere Verfassungsbestimmung und wird immer weiter beschnitten. Die Antwort auf andere wichtige Fragen bleibt auf der Strecke.
Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall

der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

Vier Worte sind es, die die Bilder der letzten Jahre, vor allem 2015/2016, vor das innere Auge zurückholen: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ steht in Artikel 16a der Verfassung. Auf dieses Grundrecht haben sich sehr viele Menschen berufen, die im Sommer 2015 und danach vor dem Krieg in Syrien, den blutigen Unruhen in Afghanistan und im Irak oder der Unterdrückung in Eritrea in die Bundesrepublik flohen. Mehr als eine Million von ihnen sind erst mal geblieben; die meisten fanden allerdings auf der Grundlage anderer Bestimmungen zumindest vorläufigen Schutz: der Genfer Flüchtlingskonvention etwa; oder weil Deutschland nicht in ein Land abschieben darf, wo dem Betreffenden Folter oder Tod droht.

Das Wortarsenal der Kritiker reicht von „Scheinayslanten“ bis „Herrschaft des Unrechts“

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ war 1949 die Reaktion des Parlamentarischen Rates darauf, dass vom Nazi-Regime verfolgte Menschen anderswo aufgenommen, aber auch, dass sie nicht aufgenommen worden waren. Asyl nach der deutschen Verfassung bekommt freilich nur, wer nachweisen kann, dass er oder sie von seinem oder ihrem Heimatstaat individuell politisch verfolgt wird und nicht über einen sogenannten sicheren Drittstaat hierhergekommen ist. Diese hohe Hürde nehmen weniger als 2% aller Geflüchteten, die Schutz erhalten. Trotzdem wird mit spitzen Fingern auf das Grundgesetz gezeigt, wenn der Streit um die Flüchtlingspolitik Deutschland durchrüttelt. Und das geschieht seit Jahrzehnten immer wieder. Das Thema sorgt für ein latentes Beben.

Kurz nach dem freundlichen Empfang etwa, den viele Bürger den Geflüchteten vor etwa 3,5 Jahren bereitet hatten, wurde die Kritik an Angela Merkel und ihrer Flüchtlingspolitik immer lauter und hässlicher. Die CSU attackierte die Kanzlerin unablässig, aber auch innerhalb ihrer CDU hatte sie einen zunehmend schweren Stand. Die AfD spülte der Streit in den Bundestag. Mittlerweile sitzt sie auch in jenen Landtagen, in denen sie nicht vor 2015 vertreten war. Gleichzeitig helfen bis heute Millionen ehrenamtlich engagierter Bürger den Geflüchteten, sich in ihrer neuen Heimat zurechtzufinden. Ihr Einsatz spielt auf der großen Bühne medialer Öffentlichkeit jedoch fast keine Rolle.

Dass die Koalition die Flüchtlingspolitik kurz nach dem Sommer 2015 (unverständlicherweise) drastisch verschärfte, dass die Europäer sich mit allen möglichen, teils nicht humanitären Maßnahmen gegen Menschen in Not abschotteten und die Zahl der hierher Geflüchteten drastisch zurückgegangen ist, hat nichts daran geändert, dass das deutsche Asylrecht immer wieder unter massiven Beschluss von Teilen der Politik, der Medien und der Bevölkerung steht. So ist es heute, so war es früher.

Zum Beispiel Anfang der 90er-Jahre: Da tobte in Anbetracht vieler Flüchtlinge vor allem aus dem früheren Jugoslawien eine Asyldebatte, die als eine der schärfsten, polemischsten und folgenreichsten Auseinandersetzungen der deutschen Nachkriegsgeschichte gilt. Die Stimmung im Land außerordentlich aufgeheizt, Rassisten setzten Unterkünfte von Asylsuchenden und Wohnhäuser von Einwanderern in Brand, Menschen starben. Die Wortführer der Hetzkampagne gegen das Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung saßen unter anderem in der damaligen Regierungskoalition aus Union und FDP. 1993 schränkte sie, zusammen mit der SPD (!!!), das Grundrecht auf Asyl weitgehend ein. Der ursprüngliche Verfassungsartikel 16 hatte festgehalten: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ Diesen Satz übernahmen die beteiligten Parteien im neuen Artikel 16a zwar, bliesen diesen dann aber zu einem fünf geschwätzigen Absatze langen Ungetüm aus. Es kassiert das im ersten Satz enthaltene Versprechen faktisch und spricht dem, was den Müttern und Vätern des Grundgesetzes mit dem Artikel 16 vor Augen stand, Hohn.

Die Geschichte des deutschen Grundrechts auf Asyl ist eine Geschichte wiederholter Einschnitte in dieses Recht. Gewiss, Deutschland hat trotz alledem zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen. Es hat sich um den Schutz von Menschen in Not verdient gemacht. Das lag aber nicht zuletzt daran, dass manche Einschränkungen schlicht nicht so recht funktionierten – etwa die sogenannten Dublin-Verordnungen, wonach grundsätzlich der EU-Mitgliedstaat für die Prüfung des Asylantrags zuständig ist, über den der Betreffende in die EU eingereist ist. Dass Deutschland Zuflucht Suchende beherbergt, hängt aber stark auch mit internationalen Vereinbarungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention zusammen, die einzuhalten es sich verpflichtet hat.

Das alles ändert nichts an den Anfeindungen, denen das deutsche Asylgrundrecht immer wieder ausgesetzt ist – und am Misstrauen gegen die, die sich darauf berufen: „Scheinayslanten“, „Asyltouristen“, „Asylbetrüger“ haben hochrangige Politiker sie genannt und wegen der Flüchtlinge vom „Staatsnotstand“ fabuliert. Oder sie haben wegen der Situation an den Grenzen mit dem Wort von der „Herrschaft des Unrechts“ Hass auf Schutzsuchende und auf die eigene Regierung geschürt. Sie haben Menschen, die Geflüchteten helfen, als „Anti-Abschiede-Industrie“ verunglimpft.

Die Attacken gegen das Asyl kommen in Wellen. Jeder dieser Welle kostet Zeit und Energie, die sich anderswo viel sinnvoller investieren ließe – jedenfalls dann, wenn man danach fragt, was vernünftig wäre, und was dem friedlichen Zusammenleben der Menschen diente. Vernünftig wäre es zum Beispiel schon vor Jahrzehnten gewesen, hätte die große Mehrheit der damals regierenden Union sich nicht mit aller Macht gegen die Einsicht gestemmt. Dass man die Einwanderung, auf die dieses rasch alternde Land angewiesen ist, klug gestalten und eine Integrationspolitik betreiben muss, die diesen Namen verdient.

Jahr für Jahr sterben Tausende Migranten auf dem Weg nach Europa

Das hätte man spätestens in den 80er-Jahren diskutieren können, ja sogar müssen, was freilich nicht mal ansatzweise geschah. Stattdessen gab es schon damals reichlich Streit um den alten Artikel 16 – für den Migrationsforscher Klaus Bade kein Zufall: „Die lautstarke Asyldebatte lenkte ab von der Konzentrations- und Perspektivlosigkeit in der Ausländerpolitik und von den vorwiegend deklamatorischen Bemühungen um eine verstärkte Integration der Ausländerbevölkerung. Während die Diskussion um Lage, Probleme und Zukunft der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien im Laufe der 1980er-Jahre immer verhaltener wurde, verlief diejenige um „Missbrauch des Asylrechts“ umso schriller.“

Nicht mal die verhaltene Diskussion gibt es bis heute darüber, was es mit dem Kampf gegen Fluchtursachen auf sich hätte, wenn man dieses im politischen Diskurs so beliebte Schlagwort gemeinsam mit der EU ernst nähme:

dass es unter anderem eine restriktive Rüstungsexportpolitik bedeuten würde, ein konsequentes Eintreten gegen die Erderhitzung oder eine Agrarpolitik, die Märkte in anderen Ländern nicht kaputt macht. Und bis heute bleibt auch eine Debatte darüber aus, wie Europa legale Zugangswege für einen Teil der Menschen schaffen könnte, die nicht vor Verfolgung oder Krieg fliehen, sondern bessere Lebensperspektiven suchen, deren Arbeitskraft auch gebraucht würde und denen man die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer oder durch die Wüste ersparen könnte, bei der Jahr für Jahr Tausende Migranten sterben.
Nein, der Artikel 16a ist nicht dazu da, jedem, der hierherkommen möchte, das auch zu ermöglichen. Nein, längst nicht alle, die Schutz begehren, haben auf ihn einen Anspruch im Sinne des Grundgesetzes, der Genfer Flüchtlingskonvention oder anderer Regelungen. Und nein, die Rückführung der Menschen, denen Behörden und Gerichte kein Bleiberecht zusprechen, funktioniert nicht immer so, wie es funktionieren müsste. Aber auch all das zusammengenommen rechtfertigt es nicht, das Asyl- und Flüchtlingsrecht immer wieder zu verhetzen, immer weiter zu beschneiden – es geht schließlich um Menschen und um ihr Leben, wenn nicht sogar ihrer Würde.
Wer Schutz beantragt, dessen Anliegen muss ernsthaft geprüft, gegebenfalls auch gerichtlich überprüft werden: Dieser Grundsatz veraltet nicht. Nicht nach 70 Jahren, nicht darüber hinaus.

70 Jahre Grundgesetz:

Parteien

Von Mark Schuster

Das Parteienverbot, die schärfste Waffe der Verfassung, kam in der Bundesrepublik nur zweimal zum Einsatz – aus guten Gründen
Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weima-rer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berli-ner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Ver-fassungen.
Im Grundgesetz steckt eine politische Waffe. Formuliert ist sie in Artikel 21, anzuwenden, für den Fall, dass antidemokratische Gefahren auf politischer Ebene drohen. Dort heißt es: „Par-teien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“ Die Waffe in Artikel 21 II GG macht das Grundgesetz zu einer wehrhaften Verfassung.
Einfach ist der Weg zu einem Parteienverbot aber nicht. Antragsberechtigt sind nur die Ver-fassungsorgane Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, bei Landesparteien besitzen auch die Landesregierungen dieses Recht. Die Entscheidung fällt aber allein das Bundesver-fassungsgericht. Mehrmals ist versucht worden, ein Parteiverbot in Karlsruhe zu erwirken, nur zweimal mit Erfolg. 1952 traf es eine Nachfolgeorganisation der NSDAP, die Sozialistische Reichspartei (SRP), 1956 die Kommunistische Partei (KPD). Beide Verbotsverfahren waren 1951 gleichzeitig von der Bundesregierung Konrad Adenauer initiiert worden.
Es war ein Doppelschlag, mit dem der CDU-Kanzler demonstrieren wollte, dass er gegen Links- wie Rechtaußen gleichermaßen vorging. Die SRP war eindeutig eine Nazitruppe, sie versuchte mit der „Reichsfront“, eine SA-artige Schlägertruppe aufzubauen; zu ihren promi-nentesten Köpfen gehört Otto Ernst Remer, ein glühender Nazi, der als Wehrmachtsoffizier maßgeblich beteiligt gewesen war, in Berlin den Aufstand des 20. Juli 1944 niederzuschlagen. Während die klar neonazistisch auftretende SRP schon im Folgejahr verboten wurde, zog sich das Verfahren gegen die KPD bis 1956 hin und führte in der jungen Bundesrepublik zu aufgewühlten Debatten.
Einerseits galt die KPD im Westen als verlängerter Arm der SED-Diktatur in der DDR. Ande-rerseits hatte die alte KPD durch die Nazis gelitten und im Widerstand gegen das Hitlerregime eine bedeutende Rolle gespielt. KPD-Kämpfer von damals wurden teils von westdeutschen Juristen verurteilt, die schon unter den Nazis an den Gerichten gewirkt hatten.
In den Achtzigern kam gar die Frage auf: „Sollen die Grünen verboten werden?“
Das Verbot kam schließlich zustande, auch wenn die Umstände teilweise skandalös waren: Die Regierung Adenauer übte in der Hochphase des Kalten Krieges Druck auf Karlsruhe aus; für den Erfolg des Antrags wurde gekungelt, wie der Historiker Josef Foschpoth in einem 2017 erschienen Buch dokumentiert. Immerhin präzisierten die Richter die Bedingungen für ein Verbot dahingehend, dass eine Verfassungswidrigkeit allein noch nicht reicht. Im 309-seitigen KPD-Urteil hieß es: „Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen. [...] Sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung selbst beseitigen wollen.“
Ob die KPD damals dazu überhaupt noch fähig ge-wesen wäre, darf bezweifelt werden – die Kommunisten waren seit 1954 nicht einmal mehr im Bundestag vertreten und ihr Revolutionsgehabe begrenzte sich auf Reden.
Auch später gab es Initiativen der Parteienverbote. Anfang der 80er-Jahre fragte

der Politolo-ge Richard Stöss sogar: „Sollen die Grünen verboten werden?“ Er verwies auf basisdemokra-tische Prinzipien der Protestpartei, der er als Verstoß gegen die repräsentative Demokratie sah. Aber wirklich ernst nahm diese Idee kaum jemand.

1993 sah das schon anders aus. Da beantragte der Hamburger Senat das Verbot der ultra-rechten Nationalen Liste (NL), die in der Hansestadt bei Wahlen antrat. Zur gleichen Zeit wandten sich Bundestag und Bundesrat an Karlsruhe wegen der rechtsextremistischen Frei-heitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Die Verfassungsrichter aber sprachen der NL wie der FAP die Eigenschaft ab, überhaupt eine Partei zu sein, ihre Mitgliederzahlen bewegten sich im dreistelligen Bereich. Schließlich verboten die Innenbehörden beide neonazistischen Gruppen in deren Eigenschaft als Vereine – was bedeutend leichter ist als ein Parteienverbot.

Die rechtsextreme NPD entging dem Verbot – sehr zum Leidwesen der Antragsteller

Der CSU-Politiker Alexander Dobrindt forderte 2012 „Anstrengungen“ für ein Verbotsverfah-ren gegen die Linkspartei. Inzwischen gibt es einzelne Stimmen, die dasselbe für die AfD ver-langen. Solche Äußerungen gehören in den Bereich der politischen Rhetorik, entsprechende Bemühungen wären völlig aussichtslos. Das Verbot einer politischen Partei gilt als ultima ratio.

Wie enorm hoch die Hürden dafür nämlich sind, zeigen die vergeblichen Versuche, die Natio-naldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zu bannen. Schon 1968 regte Bundesinnenmi-nister Ernst Benda (CDU) ein Verbot der Rechtsextremisten an, nachdem sie in sieben Land-tagen eingezogen waren und zu befürchten war, dass ihnen das auch im Bundestag gelingen könnte und Nachkriegsdeutschland der internationalen Schande preisgeben könnten. Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte die NPD dann knapp an der 5%-Hürde.

Ebenfalls verbieten lassen wollte Benda die KPD-Nachfolgepartei DKP, die allerdings nur regional über den Status einer Splitterpartei hinauskam. Doch die damals regierende Große Koalition lehnte in beiden Fällen ab. 30 Jahre später kam ein gemeinsamer Verbotsantrag von Bundestag, Bundesrat und rot-grüner Bundesregierung gegen die NPD zustande. Dem vo-raus gegangen waren rechtsextreme Gewalttaten. Doch der Vorstoß scheiterte in Karlsruhe aus Verfahrensgründen, weil sich in der NPD-Funktionärsriege zahlreiche V-Männer des Ver-fassungsschutzes tummelten.

2017 lehnten die Verfassungsrichter den zweiten, diesmal nur vom Bundesrat initiierten An-lauf ab, die rechtsextreme Partei zu verbieten. Karlsruhe stellte zwar die Verfassungsfeind-lichkeit der Partei fest. Gleichzeitig gebe es keine „Anhaltspunkte ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“, erklärte das höchste deutsche Gericht, mit anderen Worten: Die NPD ist inzwischen zu marginal und wirkungslos, um eine echte Gefahr darzustellen. Denn die NPD war nach zwischenzeitlichen Erfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern wieder zu einer Kleinst-partei geworden.

Darin liegt der wesentliche Fortschritt gegenüber dem KPD-Urteil von 1956: Nur wenn aus einer Partei ein wirkliches Gefahrenpotenzial erwächst, ist ein Parteiverbot möglich. Das alte Urteil wird durch die NPD-Entscheidung praktisch revidiert. Neu ist aber auch ein weiterer Aspekt. Laut Gericht kann man auch einer verfassungsfeindlichen Partei die Finanzierung entziehen – auch wenn sie nicht verboten wird. In diesem Sinne ist Artikel 21 inzwischen zu-sätzlich bewaffnet worden. In Absatz 3 steht nun, dass Parteien von der staatlichen Finanzie-rungen ausgeschlossen werden können, wenn sie sich daran machen, die freiheitlich demo-kratische Grundordnung „zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bun-desrepublik Deutschland zu gefährden“: Die Grundgesetz-Neuerung zieht damit die Konse-quenz aus dem NPD-Urteil. Die Hürde für ein Parteiverbot liegt zwar nun höher, aber das Grundgesetz ist nicht weniger wehrhaft gegen Verfassungsfeinde.

70 Jahre Grundgesetz:

Meinungsfreiheit

Von Mark Schuster

Meinungs- und Pressefreiheit sind wie gewaltige Ströme. Nicht alles, was da schwimmt, ist sauber; nicht alles, was da treibt, ist kostbar. Trotzdem kennzeichnen diese Ströme das Wesen des Rechtsstaates

Verfassungsjubiläen sind Momente des Innehaltens. Sie sind für eine politische Gemeinschaft nicht nur Anlass für eine vergangenheitsorientierte Bestandaufnahme. Mit ihnen verbindet sich vielmehr die Frage, wie die Gemeinschaft ihre eigene Zukunft gestalten will. Am 23. Mai, dem Verfassungstag, haben wir nun den 70. Jahrestag der Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, dem Grundgesetz, gefeiert. Am 31. Juli steht schließlich mit 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung das größte Jubiläum an, bevor sich am 9. November der Fall der Berliner Mauer zum 30. Mal jährt. Dementsprechend ist für mich das Jahr 2019 das Jahr der Verfassungen.

„Die Meinungsfreiheit ist die Grundlage jeder Freiheit überhaupt“. So steht es in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1958. Dieses sogenannte Lüth-Urteil ist vielleicht das wichtigste Urteil, das von diesem Gericht je gefällt worden ist. Es urteilte in diesem Verfahren, dass Grundrechte nicht nur Abwehrrechte des Einzelnen gegen den Staat sind, sondern dass sie auch Wirkung im Verhältnis der Bürger untereinander entfalten. Die Grundrechte wurden so zu einer Lebensordnung, auf die sich jeder und jede im Alltag und per Verfassungsbeschwerde berufen kann.

Die Meinungsfreiheit ist für die Demokratie „schlechthin konstitutiv“, wie es im Lüth-Urteil heißt. Das heißt nicht, dass sie nicht einschränkbar wäre; aber solche Einschränkungen bedürfen ganz besonderer Rechtfertigung: Schmähkritik darf nicht sein. Und die NS-Gräueltaten dürfen nicht geleugnet, gebilligt oder verharmlost werden. Warum nicht? Die Freiheitsgrundrechte des Grundgesetzes verkörpern die Erinnerung an die Menschheitsverbrechen. Diese Erinnerung soll nicht verwüstet werden durch die militante Beleidigung der Opfer.

Guter Journalismus ist der Motor für Veränderungen

Die Meinungs- und die Pressefreiheit gehören zusammen; sie beide sind Inhalt und Gehalt des Artikels 5. Die Medien sind die Institutionen, in den sich die Meinungsfreiheit besonders wirksam entfaltet. Die Pressefreiheit ist also ein Leuchtturm-Grundrecht; es gibt der Meinungsfreiheit besondere Strahl- und Wirkkraft.

Es gibt viele Länder, die diesen Leuchtturm abgeschaltet haben. In diesen Ländern wird darum gerungen, dass das eigentlich Selbstverständliche selbstverständlich wird: Journalisten arbeiten frei. In diesen Ländern wissen die Menschen, was die Pressefreiheit wert ist oder wert sein könnte. Sie wissen es, wie es die ersten deutschen Demokraten gewusst haben, als 1832 beim Hambacher Fest und 1848 in der deutschen Revolution alle politischen Sehnsüchte in dieses eine Wort mündeten: Pressefreiheit.

Hambach war damals der Boden, in den die deutschen Freiheitsbäume gepflanzt wurden. Heute sind diese Freiheitsbäume verwurzelt, sie sind groß gewachsen, sie werden gepflegt von den Verfassungsgerichten. Das Bundesverfassungsgericht hat die Systemrelevanz der Presse in großen Urteilen bestätigt. Im Spiegel-Urteil von 1966, im Cicero-Urteil von 2007: „Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfene Presse“ ist ein „Wesenselement des freien Staates“.

Die goldenen Sätze der obersten Gerichte haben es dennoch nicht verhindern können, dass es in ganz Europa staatliche Versuche gibt, die Pressefreiheit zu fesseln. Da gibt es Vorratsdatenspeicherungsgesetze, welche Durchsuchungen in Redaktionen überflüssig machen, weil die Ermittlungsbehörden ohnehin nachschauen können, mit wem ein Journalist telefoniert hat. Da gibt es in vielen Ländern Europas die Möglichkeit zur Online-Durchsuchung der Computer; auch Journalistencomputer sind davon betroffen. Die Pressefreiheit muss beiseite springen, wenn der Staat mit Blaulicht, also mit Sicherheitsinteressen, daher braust.

Manchmal geschieht ein Wunder: Dann wird die Pressefreiheit gefährlich lebendig, dann rückt die Pressefreiheit den Mächtigen so nahe, dass sie einen wirklichen Skandal entdeckt. Aber so ein Skandal hält dann nur für gewisse Zeit, denn alsbald wird schon wieder, wie es im Jargon heißt, eine andere Sau durch das Dorf getrieben. Es fehlt, in der Politik wie in den Medien, der lange Atem.

Die Wahrheit soll ans Licht: Dafür ist der Journalismus, dafür ist die Pressefreiheit da. Als die „Panama Papers“ veröffentlicht wurden, waren sie Licht- und Sternstunden der Pressefreiheit. Das Besondere daran war und ist die weltweite Kooperation der Journalisten. Üblicherweise kümmern sich Journalisten nur um „einheimische“ Skandale. Neu war aber die weltweite Zusammenarbeit der Journalisten, um ein Netzwerk von Steuerhinterziehung aufzudecken; dies eröffnet dem Journalismus neue Perspektiven.

Guter Journalismus geht aber über das Aufdecken hinaus. Er ist Moderator und Motor für Veränderungen, welche die aufdeckten Missstände abstellen. Das ist so wichtig wie Aufdecken. Das ist Pressefreiheit.

Aufdeckung ist nicht Selbstzweck. Aufdeckung darf nicht Kikeriki-Journalismus sein. Pressefreiheit ist ja nicht die Freiheit zur journalistischen Selbstbefriedigung, Pressefreiheit ist nicht dafür da, den Journalisten Lust zu verschaffen. Sie ist auch nicht die Freiheit zur Selbstermächtigung, wie sie sich seinerzeit am Bundespräsidenten a.D. Christian Wulff ausgetobt hat. Die Pressefreiheit ist für die Demokratie da – und die Demokratie für die Presse- und Meinungsfreiheit. Und Demokratie ist etwas anderes als eine Meute, die Beute will.

Wasseradern der Demokratie

Meinungs- und Pressefreiheit sind große, gewaltige Ströme – wie der Rhein, die Donau, der Amazonas oder der Nil. Nicht alles, was da schwimmt, ist sauber, und nicht alles was da treibt, ist kostbar. Die Meinungsfreiheit trägt gewöhnliche, außergewöhnliche und radikale Meinungen; und die Pressefreiheit trägt wertvolle und wertlose Artikel und Sendungen, anständige und anstößige Fotos, sie erträgt langweilige und provozierende Karikaturen, sie trägt kluge Aufklärung und ungute Meinungsmächte.

Meinungs- und Pressefreiheit unterscheiden nicht nach Qualität; das darf nicht sein, weil sonst derjenige, der über die Qualität urteilt, nach seinem Gusto den Schutz der Pressefreiheit gewähren und entziehen könnte. Pressefreiheit wäre dann kein Grundrecht, sondern ein Gnadenrecht, abhängig vom Geschmacksurteil.

Als 1962 Franz Josef Strauß die Besetzung des „Spiegel“ und die Verhaftung der führenden Köpfe des Hamburger Nachrichtenmagazins organisierte, erwachte erstmals die grundrechtliche Leidenschaft der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die Bürger damals gingen auf die Straße. Und nicht nur im Hamburger Schauspielhaus kam es zu Szenen wie dieser: Als bei der Don-Carlos-Aufführung der Satz „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ fiel, erhob sich das Publikum von den Sitzen.

Die Bürger waren empört, entsetzt – und erfolgreich. Sie ließen sich die Lügen von Strauß nicht bieten, der den Bundestag und die Öffentlichkeit tagelang mit Falschauskünften zum Narren hielt. Damals ging nicht der Spiegel ein, wie Strauß es gewollt hatte, sondern Strauß als Verteidigungsminister ging ein, zunächst zumindest: Er musste also gehen, und der Obrigkeitsstaat musste abdanken.

Lässt sich nun zwei Generationen später die Weltöffentlichkeit von einem lügenden US-Präsidenten zum Narren halten? Man wünscht sich im Jahr 2019, dass es Trump so ergeht, wie es Strauß 1962/1963 ergangen ist. Einen gewissen Dank hat Trump sich freilich verdient: Er hat den bequemen Glauben daran zerstört, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Kernstaaten der sogenannten freien Welt sich, und sei es auch langsam, quasi automatisch weiterentwickeln.

Wir lernen: Nichts, gar nichts von selbst. Aufklärung ist nicht einmal vom Himmel gefallen und dann für immer da; in den USA nicht, in Frankreich nicht, in Deutschland auch nicht. Das Sichergeglaubte ist nicht sicher, weil Aufklärung nicht ein einmaliges Ereignis darstellt. Aufklärung ist immer, sie ist immer notwendig. Die Pressefreiheit und der journalistische Beruf sind genau dafür, für diese Aufklärung, da.

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzende:
Gabriele Greif-Capelle

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Vorstand möchte euch herzlich zum nächsten Termin des Distrikts Anger-Bruck am Dienstag, 11.09, 18 Uhr im Angerwirt, Guhmannstrafle 10 einladen.

Unser Protokoll aus der letzten Sitzung vom 09. 07. 19:

1 Thema
Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Genossinnen und Genossen.
Die Tagesordnung wird besprochen und genehmigt.

2 Aktionen zur Kommunalwahl 2020
Der Distrikt sucht aktuell nach zwei Terminen (1x Anger, 1x Bruck) um eine Aktion mit dem Bürgermeister vor Ort zu organisieren.
Gabi und Marcel kümmern sich um einen Termin. Zielkorridor ist Q4 2019
Als Vorschläge (aktuelle Themen) wurde folgendes vorgeschlagen:
Rundgang ERBA Siedlung -> Isarstr. zur Besichtigung aktueller Bauvorhaben mit anschließendem zusammen sein (Bürgertreff?)
Campus/Baustelle an der Paul-Gossen Str.

3 Bericht aus dem Kreisvorstand
Marcel Turenhout berichtet von den vergangen beiden Kreisvorstand (KV) Sitzungen.
Die aktuelle Liste der Stadtratskandidat*innen wurde zur Diskussion an alle Mitglieder vorgelegt und im folgenden Termin vom KV angenommen.
Berichte aus der Wahlkampfleitung zur Kommunalwahl 2020 wurden vorgetragen. Zusammenarbeit mit Design Agentur, Grobe Planung bis März 2020.
Die aktuelle Aktion „Dein Janik dein Termin“ wurde vorgestellt. Material (Karten und „Zettel“) wurde zum weiter verteilen in Supermärkten übergeben.
Der Antrag der SPD Erlangen die Zahlungen im Jahr 2020 auszusetzen ist zugestimmt worden.

Sonstiges
Der Wahlvorschlag von Gabriele Greif Cappelle, als Nachrücker in den Kreisvorstand, wurde von den anwesenden Mitgliedern Distrikt Anger-Bruck bestätigt.
Stadtteilbeirat Anger-Bruck war gut besucht. Es wurde berichtet das die CSU es stark für Werbeaktionen nutzt. Viele der Parteimitglieder nutzen das Forum dafür aus. Besprochene Themen waren unter anderem: Antrag der CSU zur Aurachtalbahn, Fahrradwage Bayernstraße/Pommernstraße....
-> Welche Anträge gibt es aus dem Stadtteilbeirat und was ist der aktuelle Status? Die Vorstandsmitglieder werden bei der nächsten Sitzung berichten.
„Kreuz-Stein-Materl“(Vogel) soll restauriert werden. Antwort von der Stadt war, dass es in Arbeit ist.
Kurzbericht zum Angerfest 07. 05. 19: Wir bedauern das Fehlen der SPD an diesem Nachbarschaftsfest. Wir (Klaus Spinnler, Martina Haase und Marcel Turenhout) haben sich am Morgen beim Aufbau beteiligt. Am Vormittag hat Martin Müller von 11-13 Uhr den Ausschank mit betreut. Marcel Turenhout hat von 13 bis 17:30 dort ausgeholfen.
Wir halten fest das beim nächsten Angerfest es wieder einen Stand geben muss.

Offene Punkte
Offene Punkte aus dieser Sitzung:
Termin mit dem OB soll angefragt werden (September/Oktober)
Veranstaltungsort
Werbung
Welche Anträge gibt es aus dem Stadtteilbeirat Anger-Bruck und was ist der aktuelle Status?
Update der spd-erlangen.de Homepage mit Vorstandsmitgliedern des Distrikts/ Versammlungen (Marcel)
Information an den KV zur Zustimmung zur Aussetzung der Zahlungen an die Distrikte zur Kommunalwahl 2020 (Marcel)

Im Namen des Vorstands,
Marcel Turenhout

Protokoll der SPD-Jahreshauptversammlung in Dechsendorf vom 26. Juni 2019
Ort: Sportheim (Gaststätte), Campingstr. 38
Beginn: 19:00 Uhr

Nach der Begrüßung der Mitglieder durch die SPD-Distriktvorsitzende Tanja Amon wird der vorgeschlagenen Tagesordnung einstimmig zugestimmt. Die Einladung zur Jahreshauptversammlung erfolgte form- und fristgerecht.

1. Neuwahlen des Vorstandes

Wahl der Versammlungsleitung: Tanja Amon (einstimmig)
Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission: Tanja Amon und Gerhard Carl (einstimmig)
Rechenschaftsberichte:
Vorsitzende: Tanja berichtet über die Aktivitäten des Distrikts im Jahr 2019: Der Distrikt engagierte sich für die Europawahl am 26.05.2019. Es wurden Plakatständer im Stadtteil aufgestellt sowie Flyer verteilt. Hier das Wahlergebnis im Stadtteil Dechsendorf:
Wahlbezirk Dechsendorf Nord: SPD 9,8 % (2014: 30,6 %) – Wahl-beteiligung 70,7 %.
Wahlbezirk Dechsendorf Süd: SPD 10,9 % (2014: 33,2 %) - Wahl-beteiligung 70,9 %.
Die Wahlergebnisse zeigen deutlich, dass die SPD an Profil, Vertrauen und Glaubwürdigkeit verloren hat.
Die Distriktversammlungen fanden regelmäßig über Themen aus dem Stadt- und Ortsbeirat statt. Die Mitgliederzahl beträgt aktuell 14 Mitglieder. Wichtiges Ziel für die nächsten Jahre ist, die Mitgliederzahl zu erhöhen und vor allem jüngere BürgerInnen für die SPD zu gewinnen, denn die Jugend ist die Zukunft.
Kassenbericht: Brigitte Wohlleben konnte aus persönlichen Gründen nicht an der Versammlung teilnehmen.
Revisionsbericht: Norbert Fischer
Das Kassenbuch wurde geprüft und die ordnungsgemäße und sorgfältige Buchführung bestätigt.
Entlastung des Vorstandes: Auf Antrag von Heike Fischer wird der Vorstand einstimmig entlastet.
Für die Neuwahl des Vorstandes wird Tanja Amon als Wahlvorstand einstimmig nominiert.
Wahl des Vorstandes:
Vorsitzende: Tanja Amon (Adresse: Hirschensprung 13, 91056 Erlangen, E-Mail: tut.amon@gmx.de) wird zur Vorsitzenden einstimmig gewählt.
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Carl (Adresse: Lerchenstr. 16, 91056 Erlangen, E-Mail: carlerlangen@t-online.de) wird zum stellvertretenden Vorsitzenden einstimmig gewählt.
Kassiererin: Brigitte Wohlleben (Adresse: Eisvogelstraße 30, 91056 Erlangen, E-Mail: b.wohlleben@web.de) wird zur Kassiererin einstimmig gewählt.
Schriftführung: Gerhard Carl wird zum Schriftführer einstimmig gewählt.
Revisoren: Norbert Fischer (Adresse: Moorbachweg 8, 91056 Erlangen, E-Mail: n.fischer-dechso@web.de) und Karl-Heinz Gräber (Adresse: Breiter Sand 14, 91056 Erlangen, E-Mail: khgraeber@aol.com) werden als Revisoren einstimmig gewählt.
Alle gewählten Mitglieder im Vorstand sind mit ihrer Wahl einverstanden.

2. Diskussion ¸ber die Reihung der SPD-Liste zur Kommunalwahl 2020

Es wird der Reihungsvorschlag der SPD-Stadtratsliste vorgestellt. Dieser Reihungsvorschlag ist das Ergebnis der Listenfindungskommission im SPD-Kreisverband. Darin wird für Tanja Amon der 16. Listenplatz vorgeschlagen. Diese Plazierung wird von den Mitgliedern einhellig begrüßt und sehr positiv aufgenommen. Die endgültige Entscheidung über die SPD-Stadtratsliste trifft die SPD-Kreismitgliederversammlung am 20.07.2019.

3. Wahlkampfvorbereitungen im Distrikt für die Kommunalwahl 2020

Der Kommunalwahlkampf in Dechsendorf wird am 14.09.19 (ab 10:00 Uhr) mit der Aktion „Wenn ich OB von Erlangen wäre“ starten. Wir versuchen, mit einer Moderationswand an der Naturbadstraße (neben Fahrrad-Meier) mit Bürgerinnen und Bürger ins Gespräch zu kommen.
Am 25.09.2019 wird eine öffentliche Veranstaltung mit OB Dr. Florian Janik in Dechsendorf stattfinden. Die Veranstaltung beginnt um 19:00 Uhr in der Sportgaststätte FC Dechsendorf (Nebenraum). In dieser Veranstaltung soll mit den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog diskutiert werden, was wir in der Kommunalpolitik in den letzten Jahren erreicht haben und was noch zu tun ist. Es sind auch amtierende Stadträte, Kandidatinnen und Kandidaten und SPD-Mitglieder von anderen Distrikten herzlich willkommen, an dem Dialog teilzunehmen.

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:
Tanja Amon
tut.amon@gmx.de

Weitere Kampagnen erfolgen in Abstimmung mit der Wahlkampfleitung im SPD-Kreisverband.

Verschiedenes
Auf Einladung der SPD-Stadtratsfraktion fand ein Gespräch über verschiede stadtteilbezogene Themen am 05.06.19 im SPD-Fraktionszimmer statt. An dem Gespräch nahmen Ursula Lanig (in Vertretung der SPD-Fraktion), Tanja Amon, Edeltraud Gräber und Gerhard Carl teil. Diskussionsthemen: Naherholungsgebiet Dechsendorfer Weiher, Lärmschutz A 3, Stromtrasse Süd-Ost, Klimawandel, Siedlungs-entwicklung, Verkehr (mehr Sicherheit für Schulkinder und Senioren, LSA Weisendorfer Straße, ÖPNV- Buslinie 280), Vereinssport und Freizeiteinrichtungen.

Gerhard Carl

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, den 18. September, 19.00 Uhr,

Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe GenossInnen

Sitzungen des Distrikts sind am 17.9., dem 15.10., dem 12.11 und die Jahresabschlusssitzung am 10.12. im Nebenraum der Kulisse

(Interne Treffen unserer Stadtteilbeiratsmitglieder finden jeweils von 19.30-20 Uhr an den selben Terminen statt).

Die Hotspot Politik Veranstaltungen unseres Distrikts sind am 27. September, 25. Oktober und dem 29. November vorgesehen.

herzlich,
Monika Fath-Kelling

Distrikt Süd

Vorsitzender:
Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Sitzung am

Mittwoch, den 18.9., um 20 h, im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Kommunalwahl 2020
2.Aktuelles aus Stadtrat und Stadtteilbeirat ER-Süd
3. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.
Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter, Vorsitzender

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

SPD Distrikt Tennenlohe
Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung am

Dienstag, 10.09.2019, 19.00 Uhr in der Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles.
2) Die Auswahl der 5 Fragen an die Kandidaten/innen für den Parteivorsitz. Bewertung der aktuellen Bewerber/innen.
3) Programm des Distrikts Tennenlohe zur Kommunalwahl
4) Aktionen im anlaufenden Wahlkampf
5) Nachwahl Distrikt-Vertretung im Kreisvorstand
6) Verschiedenes

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Weitere Ankündigungen:
Distriktversammlung im Oktober am 08.10., 19.00 Uhr, im November am 12.11., 19.00 Uhr

Protokoll der Distrikt-Versammlung vom 09.07.2019 in Tennenlohe

Top1: Gedenken zum Tod von Ulla Schnapper
Der Distrikt gedenkt Ulla Schnapper, die am 19. Juni bei einer Herzoperation verstorben ist. Ulla war nach dem frühen Tod ihres Mannes Christoph Schnapper aktiv im Distrikt in verschiedenen Positionen tätig. Sie war für ihre freundliche, positive und hilfsbereite Art im Distrikt überaus beliebt, Wir sind zutiefst traurig und dankbar. Der Distrikt bedankt sich auch bei Rolf Schowalter für die Gedenkrede bei der Trauerfeier.

Top2: Besetzung de Spitzenpositionen in der EU
Der Vorschlag Ursula von der Leyen als Präsidentin der EU-Kommission wird im Distrikt unterschiedlich beurteilt. Es ist beschämend, wie das Parlament bei dieser Nominierung übergangen wurde, andererseits war auch das Parlament nicht in der Lage, eine mehrheitsfähige Lösung zu finden. Am Ende wird von der Leyen noch als bessere Lösung eingeschätzt als der CSU-Mann Manfred Weber. Ihr werden mehr Führungsqua-

litäten und eine bessere Vernetzung in Europa zugetraut. Die Entscheidung der deutschen SPD EU-Abgeordneten, von der Leyen nicht zu unterstützen, wird allgemein als richtig gesehen.

Top3: Bericht zur Wahl der neuen SPD Führung in Deutschland
Die geplante Doppelspitze in der SPD-Führung birgt zwar die Gefahr von weiterem Richtungsstreit, allgemein werden aber eher Vorteile gesehen. Die Wahl im Herbst bleibt weiterhin interessant. Gert fordert alle auf, sich für die Online-Abstimmung zu registrieren und an der Diskussion zu beteiligen.

Top4: Listenaufstellung für die Stadtratswahl
Die Listenaufstellung ist abgeschlossen. Unser Spitzenkandidat Andreas Bammes konnte den 15. Platz erhalten. Die Liste ist durch viele junge Kandidaten deutlich attraktiver geworden.
Der Distrikt diskutiert relevante Wahlkampfthemen in Tennenlohe. Unterschiedliche Vorschläge werden besprochen und die interessantesten für eine weitere Vorbereitung ausgewählt.

Top5: Finanzielle Unterstützung des Kreisverbands
Der Kreisverband bittet die Distrikte, die Mitglieder-Beitragsanteile, die den Distrikten zustehen, dem Kreisverband für den Wahlkampf zu überlassen. Der Distrikt Tennenlohe ist damit einverstanden, wenn alle Distrikte ebenso entscheiden. Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, dass der Distrikt wieder einen Zuschuss für den Tennenloher Bote beantragen wird.

Top6: Tennenloher Bote
Der nächste Tennenloher Bote soll Anfang August verteilt werden. Rolf bittet um Beiträge bis Mitte Juli.

Top7: Ortsbeiratssitzung
Der nächste Sitzung des Ortsbeirats Tennenlohe unter Leitung von Rolf Schowalter wird am 11.07.2019 im Schlössla stattfinden. Wichtige Themen sind u.a. der Umbau der Wetterkreuz-Brücke und die Verlegung des Radschnellwegs an die StUB-Trasse sowie der Lärmschutz an der Autobahn.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Tobias Körber
Mobil: 01772955309
spd@tobias-koerber.de

Liebe Genoss*innen,

Anfang diesen Monats endete das Bewerbungsverfahren für den neuen SPD Vorsitz. Sowohl Zweier-Teams als auch Einzelpersonen konnten dazu nominiert werden.
Zusammen wollen wir uns nun einen Überblick über alle möglichen Vorsitzenden geben und gemeinsam dazu diskutieren.
Außerdem geht der Wahlkampf jetzt nach der Sommerpause erst so richtig los, wir im Erlanger Westen werden deshalb einige Aktionen selbst durchführen und auch unseren Kreisverband wie immer tatkräftig unterstützen.

Unsere nächste Sitzung findet statt am: 18. September, 20 Uhr im Güthlein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:
1. Aktuelles
2. SPD Vorsitz
3. Wahlkampf
4. Berichte aus Fraktion und Stadtrat
5. Berichte aus Kreisvorstand, Beiräten
6. Verschiedenes

Ich freue mich wie immer auf zahlreiches kommen!

Solidarische Grüße, Tobias Körber

Liebe Genossinnen und Genossen,

Der Vorstand der AG60 plus lädt ein zur nächsten Vorstandssitzung/ Mitgliederversammlung und freut sich auf euer Kommen.

Am Dienstag, den 17.September 2019, 15:00 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Nachlese Besuchs der Tabea-Musterwohnung in Roth
5. Pflege der Städtepartnerschaft mit den Jenensern, Gestaltung des 3.Oktober
6. Vorbereitung des Besuchs von 60+ Regensburg
7. Verschiedenes

Ich hoffe auf rege Diskussion und grüße im Namen des Vorstands,

Hartmut Wiechert

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.Wiechert@t-online.de

AG 60 plus - Kreisverband Erlangen
Protokoll der Mitgliederversammlung am 16.07.2019 im August-Bebel-Haus

Top 1: Begrüßung
durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Top 2: Genehmigung des Protokolls
wird genehmigt

Top 3: Aktuelles
a) Hartmut: Das Programm für die Kommunalwahl wurde veröffentlicht. Unsere Anträge, u.a. dass alte Menschen weiterhin in ihrer bisherigen Wohnung und Umgebung leben wollen, wenn das Heim ansteht, z.B. Wohnheim im Südwesten, wurden nicht aufgenommen. Dafür kann man sich die Arbeit auch sparen. Lt Hem gibt es auch eine Kurzfassung des Programms sowie einzelne Flugblätter. Das Programm ist mehr allgemein gehalten. Einzelne Anträge hineinzunehmen, wäre nicht sinnvoll.
b) Auf der KMV am 20.07.19 wird formell die Liste für die Stadtratswahl beschlossen. Bewährte bisherige Mitglieder haben ihr Interesse auf einen guten Platz bekundet, gleichzeitig wird auf eine gewisse Verjüngung gesetzt. Lt. Hem sei das gut gelungen. Dazu Hartmut: Darunter sei jedoch niemand, der/die speziell die Interessen von 60plus vertritt. Antwort Hem: Da haben die älteren Mitglieder selbst Schuld. Es wird dringend empfohlen, die KMV am Samstag zu besuchen.
c) Vergangenen Donnerstag war Unterbezirksversammlung. Satzungsänderung wurde beschlossen. Der Unterbezirksausschuß ist aufgelöst, in der Satzung wurde festgelegt, dass es dafür Versammlungen gibt. Die Delegierten werden nicht abgeschafft, es gibt ein Gremium, zu dem die Mitglieder hingehen und abstimmen können. Eingeladen wird in Zukunft per Email, diejenigen, die keinen Email-Anschluß haben, erhalten sie weiterhin per Post.
d) Es folgte eine rege Diskussion über das Ergebnis der Bertelsmannstudie „Eine bessere Versorgung ist nur mit halb so vielen Kliniken möglich“

Top 4: Vorbereitung des Besuches der Tabea-Musterwohnung in Roth
Aus den Vorschlägen für den Besuch der Tabea-Musterwohnung wird der 19. August, Abfahrt: 09:00 Uhr ausgesucht. Wir werden voraussichtlich mit 2 Autos nach Lauf fahren.

Top 5: Filmreihe im Herbst
Termine für die 3 Filme wurden mit Herrn Römer, IGM festgelegt. Renate wird die Filme bestellen.
Wenn wir einen weiteren Film sehen wollen, z.B. „In 80 Tagen um die Welt“ können wir diesen bestellen und uns im Juso-Keller ansehen

Top 6: Verschiedenes
Frage: Was ist aus der Haltestelle „Günter-Scharowsky-Straße“ geworden? Hartmut wird sich erkundigen und evtl. nochmals Antrag stellen.
Nächste Termine der AG60plus: Dienstag, 17. September 2019, 15:00 Uhr, August-Bebel-Haus

Protokollführerin: Renate Schmidt

Seniorenkreis der IG Metall und AG 60 plus - Kreisverband Erlangen laden ein zu „Dreimal Film im Herbst“

Einladung zu Kino, Kaffee und Kuchen

Mittwoch den: 18.September, 16.Oktober, 13. November 2019
Wann: jeweils 15 Uhr
Wo: im IG-Metall-Saal, Friedrichstr. 7, Erlangen
Kosten: Eintritt frei

Diese Filme gibt’s zu sehen:

18.September: „Ein Mann namens Ove“

(2015) Regie Hannes Holm
Der grantige Rentner Ove ist in seiner Nachbarschaft denkbar unbeliebt. Er meldet Falschparker, inspiziert die Mülltonnen auf korrekte Mülltrennung und blafft spielende Kinder an. Dabei hätte Ove eigentlich Besseres zu tun, er möchte nämlich sterben: Seit dem Tod seiner geliebten Frau versucht er, seinem ihm nun sinnlos erscheinenden Leben ein Ende zu setzen, doch immer kommt irgendetwas dazwischen. Gerade als er wieder einen erneuten Versuch unternimmt, brettern seine neuen Nachbarn (u. a. Bahar Pars) mit dem Auto in Oves Briefkasten und unterbrechen seine Bemühungen – doch was den Griesgram zunächst mächtig auf die Palme bringt, entpuppt sich als wahrer Glücksfall, denn nach und nach entdeckt der Witwer, der hinter der rauen Schale einen samtweichen Kern verbirgt, dass es direkt um ihn herum immer noch Dinge gibt, für die es sich zu leben lohnt.

16.Oktober: „Birnenkuchen mit Lavendel“

(2015) Regie Eric Besnard
Seit dem Tod ihres Mannes kümmert sich die junge Witwe Louise alleine um den Birnenhof in der Provence und um ihre beiden Kinder. Die Geschäfte gehen jedoch schlecht, die Schulden wachsen Louise über den Kopf, ihr Haus ist reparaturbedürftig, ihre Kinder sind aufsässig. Zu allem Unglück fährt sie vor ihrem Haus auch noch einen Fremden an. Dieser entpuppt sich als der Sonderling Pierre, der einen völlig eigenen Blick auf die Welt hat - und der genau das sein könnte, was Louise gerade braucht.

13.November: „Die Abenteuer des Rabbi Jacob“

(1973) Regie Gérard Oury
Durch einen bizarren Zufall verhilft der rassistische Fabrikant Victor Buntspecht dem arabischen Revolutionär Mohamed Larbi Slimane zur Flucht vor dem Geheimdienst und wird daraufhin zusammen mit dem Revolutionär von einem Killertrupp verfolgt. Um zu entkommen, verkleiden sie sich als Rabbiner. Prompt werden sie mit zwei echten Rabbinern verwechselt - und treten natürlich von einem Fettnäpfchen ins nächste.

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,

im September treffen wir uns am
- 10.09. Thema: Cannabis
- 23.07. Thema: Digitalisierung

Diese Sitzungen finden jeweils um 19:30 Uhr im Sitzungszimmer des ABH statt. Des Weiteren findet am 10.09. die Vorstandssitzung ab 18 Uhr statt.
An den anderen Dienstagen treffen wir uns zum Wikingerschach am Bohlenplatz (immer 18 Uhr).

Wir freuen uns natürlich auf euer zahlreiches Erscheinen bei allen Terminen.

Grüße, euer Vorstand